

Greifswalder Beiträge
zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung
Band 16

Beiträge zur Regionalentwicklung
in Mecklenburg-Vorpommern



Forum für
Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung
an der Universität Greifswald

Greifswald 2005

Forum für
Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität Greifswald
c/o Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie, Universität Greifswald

Greifswalder Beiträge zur Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung
ISSN 0943-7371

Band 16 (2005):
W. STEINGRUBE (Ed.):
Beiträge zur Regionalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern;
Selbstverlag, 1. Auflage, Greifswald 2005

Wie bisher werden die *Greifswalder Beiträge* ... 16 (2005) über die Tauschstelle der Universitätsbibliothek an die Bibliotheken aller mit Lehre und Forschung in der Geographie bzw. zum Themenkomplex Tourismus befassten Hochschulen im deutschen Sprachraum kostenlos (im Tausch gegen gleichartige Literatur) vergeben; andere Interessenten ggf. direkt den Herausgeber anfragen (Schutzgebühr 15 € plus Versandkosten).
Vertrieb über den Buchhandel erfolgt wegen der kleinen Auflage nicht.

Der Herausgeber ist ausdrücklich an der nicht-kommerziellen Weiterverbreitung der Informationen aus den *Greifswalder Beiträgen* ... 16 (2005) interessiert, natürlich nur unter korrekter Angabe der Quelle.
Jede Form kommerzieller Nutzung unterliegt dem strengen Urheberrecht.

Herausgeber: Prof. Dr. Wilhelm STEINGRUBE
i.N. Forum für Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung an der Universität
Greifswald, Makarenkostraße 22
17487 Greifswald
Tel.: 03834 – 86 45 40

Redaktion/Gestaltung: Dr. Wolfgang ALBRECHT (Redaktionsschluss 31.10. 2005)
Manuskript/Texte+Tabellen: Gudrun LAST, Marie-Luise FUNK;
Einbandkartogramm: Brigitta LINTZEN
Druck/Binden: Kiebu-Druck GmbH Greifswald

Für die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und enthaltenen Informationen sind allein die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich.

Deutscher Demographischer Transfer – und daraus resultierende Verarmung

Wolfgang WEISS und Maria KNABE

1. Vorbemerkung

Die ökonomischen Beziehungen zwischen den neuen und den alten Bundesländern [NBL u. ABL] werden seitens der Politik zumeist auf direkte ökonomische Transfers und Transferleistungen in West-Ost-Richtung reduziert; dass zugleich enorme Gegenleistungen erfolgen, wird in der Regel nicht beachtet.

Die wohl wichtigste Leistung des Ostens für den Westen Deutschlands ist der Transfer an demographischen Investitionen. Unabhängig von der demographischen Gesamtbilanz des staatlichen Vereinigungsprozesses sind das insbesondere die an die Ost-West-Migrationen gebundenen Leistungen. Die ABL erhielten und erhalten auch weiterhin damit nicht nur einen ganz allgemeinen Zugewinn an nachhaltiger Zukunftsfähigkeit, sondern auch ein monetär kalkulierbares Wachstum, denn sie ersparen sich mit jedem Migranten die in ihn bereits investierten Mittel.

Diese demographischen Investitionen haben mehrere Dimensionen. Einerseits handelt es sich bei den Migranten um eine spezifische Auswahl, die v.a. nach dem Ansatz der Bewertung von Humankapital als besonders wertvoll angesehen werden muss. Das betrifft nicht nur die klassische Bewertung von Wanderungen als *Brain drain*, sondern ist vor allem auch durch die demographischen Merkmale der Migranten determiniert: überproportional jung und weiblich (worauf später gesondert eingegangen werden soll). Andererseits nehmen die Migranten die in ihnen 'geronnenen' Leistungen mit sich, die zumeist als konsumtive Leistungen ihrer Familien und z.T. auch ihrer Quellregion berechnet werden.

Das führt zu einer massiven Benachteiligung der Abwanderungsgebiete, in denen Bevölkerung zurück bleibt, der genau jene Potentiale, welche die Migranten mitnehmen, fehlen. Die regionale Residualbevölkerung (Rest-Bevölkerung in Folge selektiver Abwanderung) ist nicht nur schlechthin kollektiv benachteiligt, weil ihr die leistungsfähigsten und dynamischsten Mitglieder abhanden gekommen sind, sondern weil diese sich herausbildende Struktur ohne Gegensteuerung zur strukturellen Verarmung führt, die sich wegen der anhaltenden selektiven Abwanderung verstetigt. Wir verwenden die Bezeichnung Residualbevölkerung als Arbeitsbegriff für jene Bevölkerung, die in Abwanderungsgebieten mit einseitigen, strukturell gleichförmigen und langfristig permanenten Wanderungsverlusten verbleibt, obwohl der Terminus bisher nicht eindeutig definiert ist und sich in der Literatur noch nicht vollständig durchgesetzt hat.

Angesichts der demographischen Entwicklung unter diesen konkreten Lebensbedingungen ist zugleich von eingeschränkten Zukunftschancen zu sprechen, denn die aktuellen Strukturen besitzen ein hohes Maß an Nachhaltigkeit, wirken sich z.B. bei Aufrechterhaltung der momentanen Algorithmen zur Rentenberechnung erst nach Jahrzehnten aus.

Zugleich haben demographische Prozesse eine tiefgreifende Auswirkung auf die Lebensqualität der jeweils lokalen bzw. regionalen Bevölkerung. (Hier werden die Begriffe Bevölkerung, Gebiet, Wohnbevölkerung etc. gemäß Definitionen im Statistischen Jahrbuch der BRD benutzt).

Viele konkrete Sachverhalte der Organisation des gesellschaftlichen Lebens sind von demographischen Strukturen und Teilprozessen abhängig. So wird z.B. die einklagbare Infrastruktur (z.B. Schulen) mittelbar und unmittelbar nach der Anzahl der Einwohner im territorialen Bezugsrahmen und der Struktur der Bevölkerung berechnet. Die Funktionstüchtigkeit zentraler Orte wird mit Hilfe des kommunalen Finanzausgleichs aufrecht erhalten; diese Transfers sind gleich doppelt von der Einwohnerzahl abhängig: Zum einen durch das Deklarieren der jeweiligen Kommune als Zentraler Ort, was zu weit über 80% durch die jeweilige Einwohnerzahl bestimmt wird, zum anderen durch die an die Einwohnerzahl geknüpfte Größe der Transferleistungen. Das gilt vorrangig erst recht für die öffentlich diskutierten Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland. Diese und viele weitere mögliche Beispiele bezie-

hen sich auf einen Rechtsrahmen, der mehrfach auf demographische Strukturen und Prozesse abstellt (z.B. im Rentenrecht), der allerdings keinen expliziten Rechtsanspruch Einzelner infolge demographischer Aktionen Anderer kennt (z.B. im Rentenanspruch zeitlebens Kinderloser), obgleich es einen Anspruch auf den Schutz durch die Gemeinschaft bei Restriktionen gibt, zumeist unabhängig vom eigenen Einfluss oder gar einer gewissen 'Schuld' (z.B. unterschiedliche Gründe für Kinderlosigkeit).

Bei der 'Gegenrechnung' (Rückfluss sowohl über die private Konsumtion als auch durch überproportionale Eigentumsbildung von Bürgern der ABL im Osten) werden die im Zusammenhang mit einer Gesamtbilanz nötigen Ost-West-Transfers vergessen, die insbesondere im Bereich der privaten Wirtschaft stattfinden.

2. Grundzüge der demographischen Entwicklung bis 1990 (Abb. 1)

Wie jede demographische Ausgangslage Resultat einer historischen Entwicklung ist, sind auch die Prozesse vor 1990 für die danach von mehrfacher Bedeutung. So war die demographische Entwicklung in der DDR v.a. eine Potential-Kumulation für die Abwanderungen ab 1989, denn insbesondere jene Jahrgänge, die seitdem an den Abwanderungen besonders stark beteiligt waren und sind, wuchsen alle in der DDR auf, erhielten dort z.T. auch ihre Ausbildung, nehmen also die demographischen Investitionen im Sinne der klassischen französischen Demographie (PANKRATJEVA 1974) in die Zielgebiete der Migration mit.

Davon unabhängig soll die Entwicklung zunächst grob umrissen werden (DORBRITZ 1993/94; WEBER/MÖBIUS 1990; WEISS 2003, 2004; WENDT 1993/94):

Die Verteilung der Bevölkerung im Osten Deutschlands hatte schon vor der Existenz der DDR ein relativ einfaches Muster: Die dichter besiedelten Bundesländer im S/SW (Sachsen: 4,384 Mio. Ew, 238 Ew./km² [Ø BRD 231!]; Thüringen: 2,411 Mio. Ew, 149 Ew./km²; und Sachsen-Anhalt: 2,581 Mio. Ew, 126 Ew./km²) unterschieden sich deutlich von den großräumig dominant ländlichen Gebieten östlich der Elbe (MV: 1,760 Mio. Ew., 76 Ew./km² und Brandenburg: 2,593 Mio. Ew, 88 Ew./km²) unter Einschluss der westelbischen Altmark.

Im Süden dominieren Gebiete mit über > 100, vielfach > 200 Ew/km²; hier befinden sich städtische Siedlungsnetze mit relativ dichten Maschen und auch die größten Konzentrationen städtischer Bevölkerung in Ballungsräumen mit den Kernstädten Halle und Leipzig, Chemnitz und Zwickau sowie Dresden, wo auch in den Landkreisen außerhalb der Zentren teilweise über 300 Ew/km² erreicht werden. Ländliche Gebiete, die großflächig weniger als 100 Ew/km² haben, sind dort eher selten; sie befinden sich in Randlagen, z.B. an der Neiße, in ausgewählten Agrargebieten des Thüringer Beckens oder in vormals ungünstiger Grenzlage zu Bayern.

In den ostelbischen Gebieten und der Altmark liegt die Bevölkerungsdichte außerhalb der wenigen kreisfreien Städte zumeist nur knapp über 50 Ew/km², vielfach aber – insbesondere zwischen den weit gespannten Maschen des Netzes städtischer Siedlungen – auch noch deutlich darunter.

Großräumig darin eingeschlossen stellt Berlin (3,388 Mio. Ew; 3.800 Ew/km²) mit seinem suburbanen Rand, der je nach funktionalräumlicher Beziehung unterschiedlich weit greift, die wichtigste Ausnahme dar. Mäßige Konzentrationen der Bevölkerung an der Ostsee, z.B. um Rostock oder entlang der vorpommerschen Boddenküste, sind dagegen eher als marginal zu bezeichnen. Im Unterschied zu den westelbischen Verdichtungen ist in den ostelbischen Regionen die Polarität von Stadt und Dorf auch bezüglich der demographischen Strukturen und Prozesse stark ausgeprägt (Stat. BA 2002/03). Das lässt sich relativ gut abbilden, da die politisch-administrative Kommunalgliederung, welche zugleich die statistische Basiseinheit ist, von Ende der 1920er Jahre bis in die 1990er Jahre hinein kaum verändert wurde (Enquete-Komm. LT MV 2002).

Die Ungleichgewichte dieser Verteilung sind im Wesentlichen bereits in der frühen und mittleren Phase der Industrialisierung vorgeprägt worden, wobei die überregionalen Migrationen aus Agrargebieten zu Standorten des Bergbaus und des Maschinenbaus weitgehend nachweisbar sind, aber auch ein nach Regionen differenzierter Ablauf der demographischen Transition wahrscheinlich ist. Daran waren die Gebiete der späteren DDR recht unterschiedlich beteiligt (WEBER 1977).

Von besonderer Bedeutung für die Skizzierung einer Ausgangslage sind die Bedingungen zum Ende des II. Weltkrieges [WK], als 1945/1946 die Nachkriegs-Migration begann. Die Vertreibungen aus den Ostgebieten hielten noch bis Ende der 1940er Jahre an, doch bereits vor Ende des Krieges, quasi mit Vorrücken der Ostfront, setzte zunächst ein politisch und sozial selektiver, später aus der Sowjetischen Besatzungszone [SBZ] ein eher allgemeiner permanenter Migrationsstrom in die West-Zonen ein. Er umfasste allein von 1946 - 1950 einschließlich jener Flüchtlinge, die zunächst in der SBZ Station gemacht hatten, etwa 1,3 Mio. Personen). Insgesamt verschob sich mehrfach der Anteil der allochthonen ('zugezogenen') Bevölkerung, z.B. in Sachsen-Anhalt auf > 26%, in MV sogar auf > 52%. Die höchsten Anteile an 'Neubürgern' waren 1950 in den Ländern der jungen BRD ähnlich: Schleswig-Holstein 36%, Niedersachsen 26,9%; allerdings gehörten dazu nicht nur die Flüchtlinge, Umsiedler und Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im Osten/Südosten, sondern nunmehr auch viele Menschen, die ursprünglich in der SBZ zu Hause waren, aber auch z.B. Ausgebombte aus Hamburg, Bremen u.a. westdeutschen Großstädten, die vorübergehend im Umland der Ballungskerne Quartier fanden.

Ein besonderer Aspekt der Nachkriegs-Migration war die Heimkehr der Kriegsgefangenen: Sie hielt offiziell bis zu den Verträgen der UdSSR mit der DDR 1954 und der BRD 1955 an.

Aber nicht nur dadurch veränderten sich ab Mitte der 1950er Jahre die Migrationsströme grundlegend. Die Abwanderung aus der DDR in die BRD bekam zunehmend politische Ursachen, wofür beispielhaft der 17. Juni 1953 und die Kollektivierung der Landwirtschaft durch zunehmend forcierte Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften [LPG] 1952 - 1960 stehen.

Im Detail war die Abwanderung jedoch vielfach ökonomisch determiniert, von der Faszination des Wirtschaftswunders getragen und komplexer begründet. Dafür spricht, dass die überproportionale Abwanderung von Schulabgängern und Berufseinsteigern dem Muster der wirtschaftlichen Gründe folgte, denn diese Altersgruppe hatte in jenen Jahren gerade mit Lehre bzw. höherer Schule abgeschlossen.

Die damalige Abwanderung war also nach dem Alter strukturell der Abwanderung um 2000 sehr ähnlich. Sie hatte aber auch noch eine weitere Analogie zur aktuellen Migration: Im Unterschied zu allen belegbaren Wanderungen zuvor und auch gegenüber der Migration innerhalb der ehemaligen BRD waren Frauen erstmals im gleichen Umfang wie Männer an räumlichen Bevölkerungsbewegungen über größere Distanzen beteiligt. Mehr noch: Die sexualspezifischen Unterschiede in der Altersstruktur der Migranten (gemessen an den Veränderungen der Alters- und Geschlechtergliederungen zu den jeweiligen Zeitschnitten) verschwanden sogar weitgehend. Das ist zumindest insofern bemerkenswert, als dass diese fast gleichgewichtige Abwanderung weiblicher und männlicher Schulabgänger in genau jenen Geburtsjahrgängen begann, in denen Mädchen und Jungen erstmals gemeinsam beschult wurden. Die vollständige Aufhebung der schulischen Geschlechtertrennung erfolgte in Deutschland zwar regional unterschiedlich, war in der SBZ aber von Anfang an Prinzip. Lediglich in vor Kriegsende eingeschulten, nach dem II. WK auslaufenden Gymnasialklassen wurde die Geschlechtertrennung bis zum Abitur beibehalten. Dagegen gab es in einigen Gebieten Preußens (z.B. in der Neumark) bereits bei der Einschulung der Kohorte 1930/31 Experimente mit gemeinsamer Beschulung von Jungen und Mädchen von der ersten Klasse an. – Es wurde nach Kenntnis der Autoren leider nie überprüft, wie sich dieser Umstand auf die arbeitsweltlich motivierte Migration junger Frauen ausgewirkt hat.

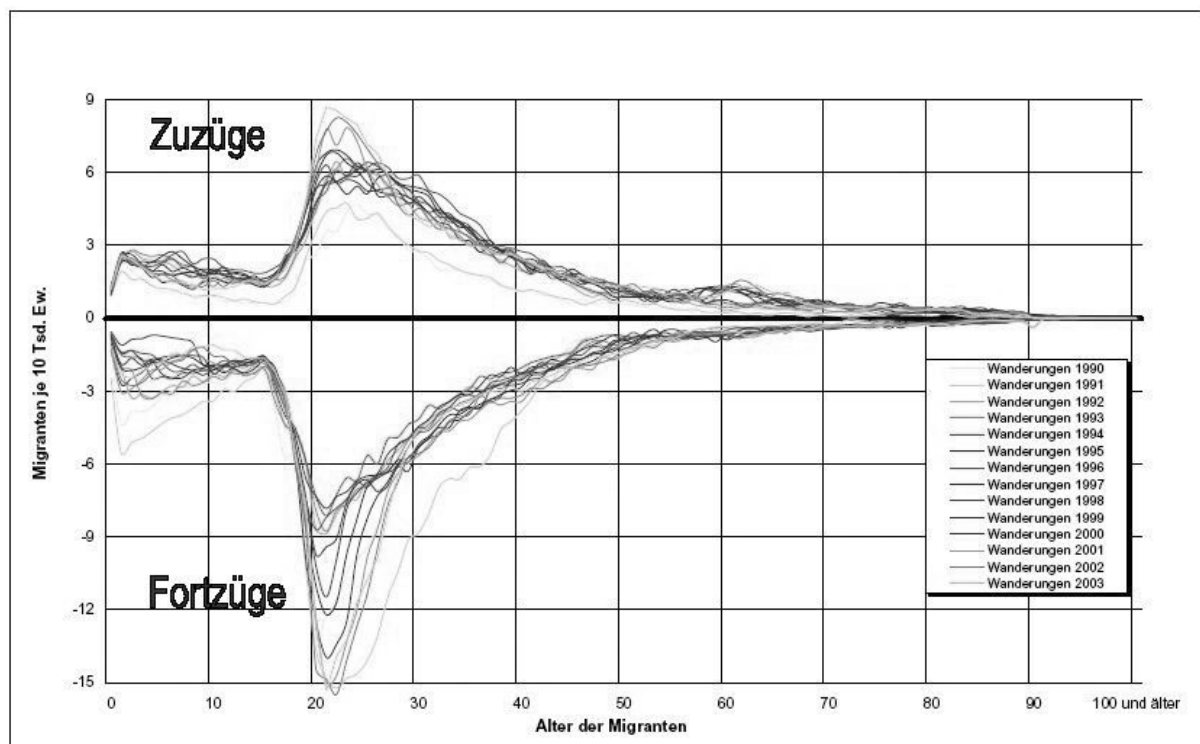
Weiterhin untermauert das Wanderungsverhalten der 1950er Jahre die Schulabgänger- und Berufseinsteiger-Hypothese, denn bei Eheleuten war damals ein mittlerer Altersunterschied von 3 - 4 Jahren üblich, und einen später wichtigen Grund für geschlechtsspezifische Unterschiede im Migrationsalter gab es noch nicht: Die Remilitarisierung Deutschlands (Gründung Bundeswehr 1955, Nationale Volksarmee 1956) war noch nicht vollzogen. Erst mit Einführung der Wehrpflicht (BRD 1957, DDR 1961) verschoben sich die altersspezifischen Spitzen bei der Migration junger Männer in beiden deutschen Staaten zumindest um die Dauer des Grundwehrdienstes nach oben, was ab 1961 für die Außenwanderung der DDR dann allerdings unerheblich war.

Das gegenüber heute relativ frühe Berufseintrittsalter lag u.a. an der damals auf 8 Jahre beschränkten Schulpflicht, so dass die Lehre vielfach bereits mit dem 17. Lebensjahr beendet war. Allein die relativ stark besetzten Geburtsjahrgänge 1934 - 1944 verloren von 1955 bis August 1961 fast 380.000 Personen – etwa 12% des Bestandes; das war rd. 1/4 aller Migranten, die damals von der DDR in die BRD abwanderten!

Von 1949 - 1961 sind 3,456 Mio. Personen aus der DDR in die BRD abgewandert; in der Literatur wird aber oft nur ein Migrationsverlust von im Saldo etwa 2 Mio. angegeben (z.B. bei ROLOFF 2000, S. 4). Dabei werden allerdings zumeist nur die Einwohnerzahlen von 1949 und 1961 unter Einbeziehung von Geburten und Sterbefällen ins Verhältnis gesetzt, aber sowohl die (Spät)Heimkehrer als auch die West-Ost-Migranten sowie der Bevölkerungsaustausch mit anderen Regionen in Europa nicht gegengerechnet. Der migrationelle Gesamtverlust der DDR allein in die BRD lag deutlich über 2 Mio. Personen.

Mit der fast vollständigen Schließung der Grenze 1961 kam die bis dahin dominante Ost-West-Migration nahezu vollständig zum Erliegen. Dennoch wurde die DDR demographisch nicht zum 'geschlossenen System', denn bis zum Fall der Mauer 1989 wanderten noch immer durchschnittlich > 20.600 Ew/a in die BRD ab. Die meisten dieser insgesamt 557.000 Ew konnten diesen Schritt offiziell erst tun mit ihrem Eintritt ins Rentenalter (Frauen $\geq 60a$, Männer $\geq 65a$); nur ca. 33.000 Personen waren (aber oft wesentlich) jünger.

Abb. 1: MV – Wanderungen 1990-2004 über die Landesgrenze nach dem Alter



Quelle: Stat. LA MV; Graphik Oberste Landesplanungsbehörde MV 12/2005

3. Grundzüge der demographischen Entwicklung in Deutschland nach 1990

Die Unterschiede in der demographischen Entwicklung zwischen den ABL und NBL spiegeln sich in denen der allgemeinen Entwicklung bis zum Ende der Zweistaatlichkeit Deutschlands nur unvollständig wider.

In der natürlichen Bevölkerungsbewegung nähern sich die ostdeutsche Fertilität und Mortalität systematisch dem nun gesamtdeutschen Durchschnitt. Der zunächst radikale Rückgang der Geburtenzahlen erfolgt in Überlagerung mehrerer Teilprozesse:

- Verlagerung des in der DDR seit 1976 auf das 21./22. Lebensjahr vorgezogenen Fertilitätsmaximums auf höhere Altersgruppen (29. Lebensjahr); dadurch kam es zunächst zu temporalen Geburtenausfällen.
- Zugleich befanden sich Anfang - Mitte der 1990er Jahre genau jene Jahrgänge im Alter der höchsten Fertilität, die nach der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in der DDR infolge der Neuordnung der Reproduktionsbiographie der Frauen unterbesetzt waren (insbesondere die Geburtsjahrgänge 1973 - 1976).
- Die Mortalität näherte sich der in den ABL, besonders durch sprungartige, z.T. radikale Verbesserung der medizinischen Notversorgung (v.a. durch bessere nachrichtentechnische Erreichbarkeit), allgemeinen medizinisch-technischen Ausstattung und Medikation.

Der entscheidende Unterschied in den demographischen Bilanzen von NBL und ABL ist allerdings das Wanderungsgeschehen. Das ist für die aufgeworfene Problemlage umso wichtiger, weil die natürlichen Bevölkerungsbewegungen mehr oder weniger regional separat stattfinden, die Migration hingegen beide Teilräume (die jeweiligen Zuzugs- und Wegzugsgebiete) miteinander verknüpft. So haben die NBL seit der deutschen Fusion im Saldo etwa 2 Mio. Ew an die ABL verloren.

Dieser Wanderungsstrom ist in sich mehrfach strukturiert. Es gibt Teilräume mit starker und mit weniger starker Abwanderung, so dass die Auswirkungen auf die Quellgebiete der Migration unterschiedlich sind. Es gibt Gegenläufigkeiten in der Wanderung, die sich in einfachen Zahlen ausdrücken lassen: Während seit dem Fall der Mauer insg. ca. 3,6 Mio. Menschen aus dem Osten in den Westen gezogen sind, umfasste der Wanderungsstrom in die Gegenrichtung nur etwa 1,6 Mio. Nach Hochrechnung ausgewählter Stichproben ist davon auszugehen, dass es sich bei 85% aller West-Ost-Migranten um sog. 'Rückkehrer' handelte, d.h. um Personen, die zunächst aus dem Osten in den Westen gezogen waren, dort aber zu 60% nur eine mittlere Verweildauer von etwa 5 Jahren hatten (WEISS 2003). Seitens der Statistik gibt es keine Aussage zur Repräsentativität dieser Angabe (empirische Erhebung/Stichprobe im Rahmen der Analysen für die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte 2002), denn in der öffentlich zugänglichen Migrationsstatistik werden nur separate Wanderungsfälle registriert, aber keine Verknüpfungen. Dennoch liegt im Saldo ein Verlust von etwa 2 Mio. Menschen vor. Die Altersstruktur der Migranten gliedert sich insgesamt annähernd wie die Außenwanderung von MV (s. Abb. 1).

Die Bevölkerungszahl in den NBL sank seit Abschluss der Umsiedlerströme nach Ende des II. WK mit unterschiedlicher Intensität von 19,044 Mio. (1947) über 16,434 Mio. (1989) auf 13,788 Mio. (2001, ohne Berlin). Von 1950 - 2001 betrug der Rückgang der Bevölkerungszahl 4,6 Mio., also etwa 1/4 in 51 Jahren (Stat. Jb. DDR 1990, Stat. Jb. BRD 2003).

Die Bevölkerungszahl im Osten Deutschlands wird künftig allerdings nicht mehr im bisherigen Umfang durch Ost-West-Migrationen bestimmt sein, da die Wanderungen der jüngsten Zeit die Alters- und Geschlechtsgliederung so modifiziert haben, dass auf absehbare Zeit die Geburtendefizite dominieren werden.

4. Demographische Veränderungen aus verschiedenen Perspektiven

4.1. Demographischer Transfer

Die oben beschriebenen Migrationsverluste können im Sinne der Themenstellung als ein demographischer Transfer bezeichnet werden, der ebenso zu kalkulieren ist wie monetäre Transfers, da sie erhebliche demographische Investitionen beinhalten.

Im aktuellen deutschen Sprachgebrauch wird 'Transfer' fast ausschließlich als 'Transfers', also im Sinne finanzieller Leistungen angesehen, wobei im politischen und sozialen Kontext sich der Transfer auf Leistungen aus den ABL in die NBL reduziert. Damit wird ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis Ostdeutschlands suggeriert, dem neben Anderem ein jahrelanger beachtlicher Transfer an Humankapital entgegensteht.

In der agitatorischen Gegenargumentation ist Ostdeutschland für die westdeutschen Länder ein bequemes, doch nicht unerschöpfliches Reservoir personeller Ressourcen, also von vorab qualifiziertem Humankapital, das auf die spezifischen Anforderungen der postindustriellen Gesellschaft geradezu ideal zugeschnitten zu sein scheint, allerdings nicht hinsichtlich Übereinstimmung von Arbeitsplätzen und Wohnorten. Das war – jedoch zum damaligen Entwick-

lungsstand der Produktionsfaktoren bzw. der Produktivkräfte – überregional schon vor 1961 so. Der danach durch den Bau der Mauer vorübergehend behinderte Zugriff auf das ostdeutsche Potential führte u.a. zur expansiven Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften in die Alt-BRD, v.a. aus Italien, Spanien, Jugoslawien und der Türkei.

Die jüngsten und aktuellen Abwanderungen aus dem Osten Deutschlands finden aber in einem anderen Rechtsrahmen statt: Die DDR ist 1990 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten, hat also die gleichen Rechte wie die ABL, den gleichen Anspruch auf Ausgleich bei Defiziten etc. Damit sind Abwanderungen, wenn sie zu existentiellen Schief lagen führen, erstens anders zu bewerten als wenn es sich um Zuzüge aus einem rechtlich anderen Raum handeln würde, zweitens sind die daraus folgenden Strukturen in den Abwanderungsgebieten unter gesamtdeutscher Verantwortung. Insbesondere infolge selektiver Abwanderungen kommt es zu einer Residualbevölkerung, deren definitorische Charakterisierung bislang aus verschiedenen Gründen selbst in der Fachwelt noch nicht stattfindet. Sicher trägt dazu bei, dass bislang die wissenschaftliche Bearbeitung dieses Phänomens noch nicht abgeschlossen ist.

4.2. Überalterung / Vergreisung

Zur Beurteilung demographischer Prozesse sind diesbezüglich in das Konstrukt auch Erkenntnisse aus der Sicht des 'Wirtschaftssystems der Natur' mit einzubeziehen, denn infolge ungleichgewichtiger Wanderungen erfolgt auch eine ungleichgewichtige Alterung der Bevölkerung, die von der Demographie u.a. als Vergreisung bezeichnet wird. (In der Sprache der Bevölkerungswissenschaften gibt es für die rasche Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung noch keinen anderen Ausdruck als diesen eher journalistischen Begriff.)

Dieser Prozess hat in den NBL auf Grund der Überlagerung von Geburtendefizit und Abwanderung die höchste Dynamik in Europa. Die verfassungspolitischen Lösungsansätze skizzierte MAIER wie folgt: „Nach einer Einführung (Gegenstand, Ziele, Vorgehensweise) wird im ersten Teil die Hypothese begründet, dass es in der Natur ein funktionierendes Wirtschaftssystem gibt, dessen Grundlage nicht der bloße Tausch von Gütern und Dienstleistungen, sondern ein nicht sichtbares, aber messbares Geldäquivalent ist: die Energie. Es wird exemplarisch erläutert, dass und wie Naturphänomene als Märkte mit Angebot, Nachfrage und Preisspezifikation beschrieben werden können und wie hierbei der Preis, den der Käufer entrichtet, auf den Anbieter des Produktes bzw. der Dienstleistung transferiert wird. Es werden Eigenschaften dieses Wirtschaftssystems benannt, die Dualstruktur seiner Märkte, sein Finanzierungssystem. Ergebnis ist, dass wir menschlichen Wesen sowohl dem natürlichen Wirtschaftssystem als auch dem Wirtschaftssystem des Staates unterworfen sind, in dem wir leben. Dem ersteren können wir nicht entinnen, dem letzteren über Wanderungen schon. Im zweiten Teil werden diese beiden Wirtschaftssysteme miteinander verglichen (Eckwerte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Ziel- bzw. Nutzenfunktion, Wert von Geld und Geldäquivalent, etc.), die verflochten sind und deren Nebeneinander nicht konfliktfrei ist. Ergebnis ist, dass das Wirtschaftssystem der Natur das Überlegene ist, es hat die überlegene Zielfunktion, sein Geldäquivalent hat einen realen Wert und nicht einen (per Gesetz, Verordnung, Beschluss) zugeteilten Wert, und es kennt keinen Abfall.

Ergebnis sind ferner andere Erklärungsmuster für Überbevölkerung, für das Aussterben von Arten, Wanderungen und die demographische Alterung. Die Analyse der politischen Gründe hierfür ergibt im Kern die Hypothese, dass der soziale Rechtsstaat für sich, seine Institutionen, seine Gruppen und Individuen – aufgrund einer in Unkenntnis irrtümlich in Anspruch genommenen Freiheit – Rechte definiert und implementiert, die (auf Dauer) nicht in Einklang mit Naturgesetzen stehen. Die letzteren lassen sich jedoch nicht außer Kraft setzen, und sie wirken beobachtbar und nachhaltig zurück.“ (2004, S. 6)

Bemerkenswert ist der Hinweis von MAIER auf die Migration. In der konsequenten Weiterentwicklung dieses Ansatzes ist die Ausrichtung auf die betreffende Region, aus der bzw. in die gewandert wird, zu erwarten. Diese ist als der tragende Rahmen für die Gründe, die zur Migration führen, anzusprechen. 'Ausweichen' ist in diesem Sinne die individuelle Reaktion auf fehlende Chancen am Ort bzw. in der Region der ursprünglichen Heimstatt. Zugleich wird der Migrationsprozess damit eindeutig als ein Transfer gekennzeichnet.

4.3. Regionale Residualbevölkerung – eine kollektive Benachteiligung (Abb. 2 - 4)

Die Selektionsmechanismen in den Abwanderungsgebieten können zu 'Komponenten permanenter selektiver Abwanderung' zusammengefasst werden. Im Hinblick zunächst auf die ländlichen Gemeinden, seit etwa 1995 auch auf die Städte, ist dabei insbesondere die Auswirkung auf die 'zurückbleibende' Bevölkerung interessant. Komponenten und Auswirkungen lassen sich allerdings nicht immer im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Gefüges eindeutig, linear oder gar kausal zuordnen (WEISS/HILBIG 1998). Das nachfolgende Schema ist weitgehend selbsterklärend.

Schema: Komponenten und Auswirkungen permanent selektiver Migration aus den ländlichen Abwanderungsgebieten im Osten Deutschlands

Migrationskomponente	Wirkung	Folgen für die Residualbevölkerung
altersspezifische Gewichtung	Verschiebung in der Altersstruktur	relative Überalterung
geschlechtliche Differenziertheit	Deformierung der Sexualstruktur	Frauendefizit im demographisch aktiven Alter
Qualifikationsorientiertheit	intellektuelle Selektion / Braindrain	Überhäufigkeit gering Qualifizierter

Zur Entwicklung in den ländlichsten Regionen, insbes. in MV, Brandenburg und der Altmark, sei jedoch ergänzt:

- Die Bevölkerung dieser Regionen hat noch immer eine vergleichsweise günstige Altersgliederung, aber mit hoher Dynamik. Aktuell ist das Durchschnittsalter sogar von MV bereits höher als das von Hessen. Viele Gemeinden (> 12% !) wurden bereits lange vor 1989 als „demographische Krisengemeinden“ ausgewiesen, d. h. sie waren schon damals überaltert und „funktional als gesellschaftlicher Organismus existenzgefährdet“ (WEISS 1987).
- Der überproportionale Männerüberschuss im Reproduktionsalter war vor 1990 fast nur eine Eigenschaft ländlicher Gemeinden. Damalige Geburtenüberschüsse sind nur durch außerordentlich hohe Fruchtbarkeit der verbliebenen Frauen zu erklären. Heute betrifft dieses Phänomen flächendeckend fast alle Kreise (KRÖHNERT et al. 2004).
- Bis heute gibt es keine allgemein akzeptierte Lehrmeinung über Mechanismen des Braindrain, insbesondere zur Bewertung von Standorten, die in diesem Prozess benachteiligt sind. Die Kennzeichnung der Residualbevölkerung mit 'überhäufig gering qualifiziert' ist selbst als grobe Näherung angesichts teilweise gegenläufiger Entwicklungen nicht immer ganz korrekt bzw. ausreichend.

Bemerkenswert ist das Zusammenwirken aller 3 Parameter, so dass von einem einheitlichen Prozess zu sprechen ist. Im Extremfall sind die im demographisch aktiven Alter befindlichen 'überschüssigen' Männer überhäufig gering qualifiziert, zuweilen sozial deklassiert und gehen – falls überhaupt – einer Arbeit mit geringerem Qualifikationsbedarf nach. Letzteres war vor 1990 fast nur für die ländlichsten Teile der Regionen von Bedeutung, mittlerweile aber flächendeckend.

Seitens der Bevölkerungsgeographie werden Strukturen, die sich aus langfristiger, gleichförmiger und selektiver Abwanderung herausbilden, als Demographisch-soziologische Disproportionen [DSD] bezeichnet. Im Unterschied zum heutigen Ost-West-Gefüge in Deutschland gab es diese Strukturen bereits vor 1990 im ländlichen Raum in der DDR, aber zunächst nur kleinräumlich und innergebietslich, zumeist als Polarisierung zwischen den Zentren und deren Umlandgebieten. Dieses Gefüge löste sich nach 1990 weitgehend auf, weil nunmehr auch die Zentren davon betroffen sind.

Die Qualifikation der Residualbevölkerung ist aus mehrfacher Perspektive von Bedeutung. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, dass es mit genau den regionalen Indikatoren korrespondiert, die seitens der Wirtschaft gemeinhin als jene Schwächen interpretiert wer-

den, mit denen die geringere Wirtschaftsleistung des Ostens erklärt wird. Der sich mit dem Braindrain vollziehende Verlust der (potentiellen) Eliten setzt das seit 1990 quasi staatlich organisierte Ausschalten der zuvor etablierten Eliten aus der DDR fort. Damit kann die Region nur noch die Funktion der 'verlängerten Werkbank' und der Konsumtionskorrektur für Überproduktion wahrnehmen. Das berührt die Verteilungsgerechtigkeit zumindest dann, wenn personalisiertes Wissen und Bildung Ausdruck des hierarchischen Gefüges innerhalb der Sozialstruktur sind, ihr Zugang aber nicht jedem Mitglied der Gesellschaft gleichermaßen offen steht. Jede Kritik am Bildungssystem und an der Wissensteilhabe kann dann aber als empfindliche Störung der gegebenen Besitzstände interpretiert werden, denn sie berührt allgemeine Gleichheitsgrundsätze, die den öffentlichen Diskurs bestimmen. So werden z.B. die Unterschiede zwischen einzelnen Menschen und unterschiedlichen Gruppen, in denen sie organisiert sind, mit Hilfe der Political Correctness kaschiert. In der Raumordnung und der Regionalplanung finden wir diesbezüglich den (vermeintlichen) Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen.

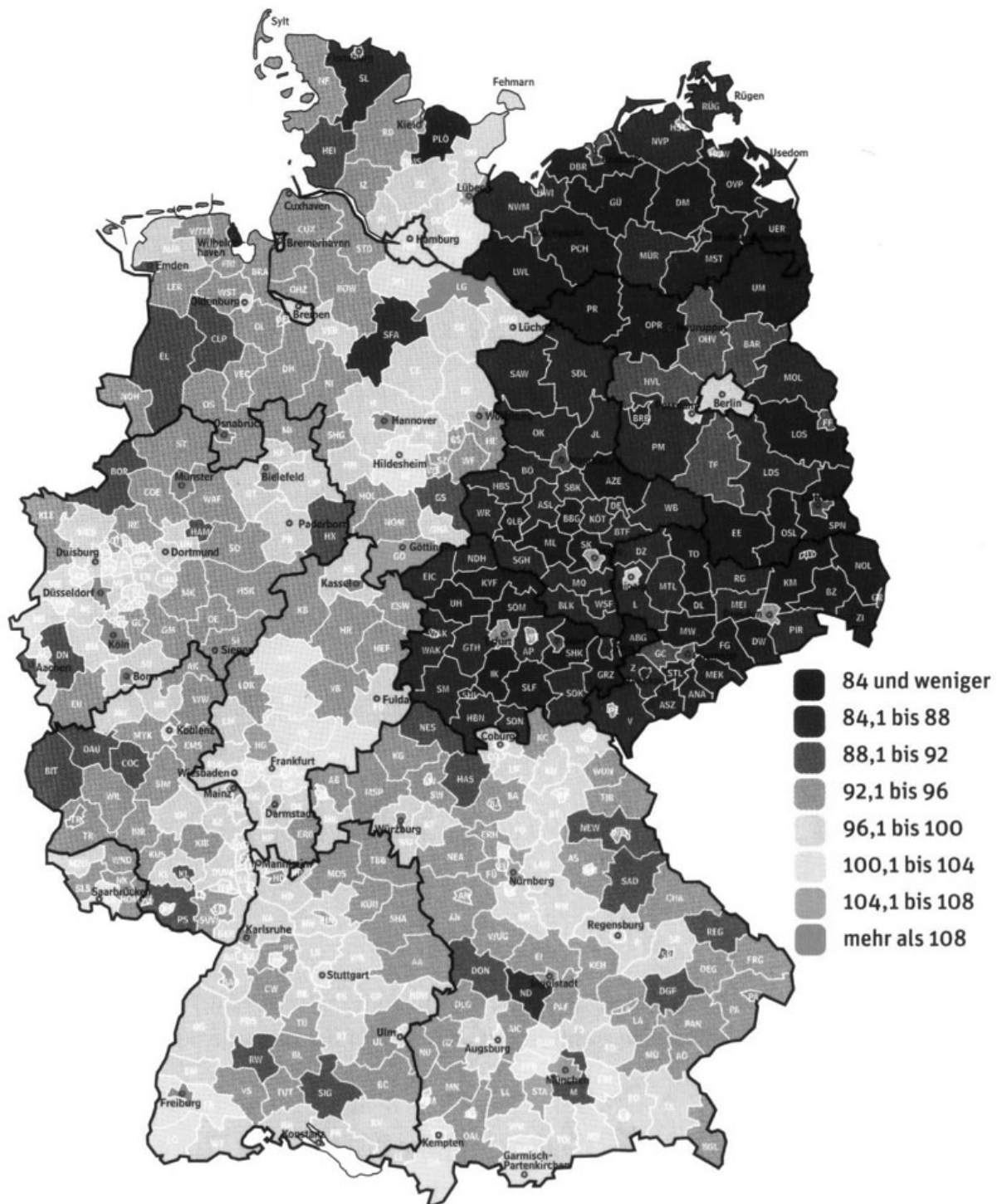
Regionen, die in Bezug auf Bildung und Qualifikation der Bevölkerung benachteiligt sind, gibt es dabei offiziell nicht, obgleich sie sich relativ einfach identifizieren ließen, da sie zu meist mit 2 Sachverhalten zugleich aufwarten: Sie haben erstens unterdurchschnittliche Anteile an hoch qualifizierten Leistungsträgern, wenn es in der jeweiligen Region einen Mangel an diesbezüglichen Arbeitsmöglichkeiten gibt, und zweitens ist der Anteil von Personen mit geringer Qualifikation signifikant überdurchschnittlich. Die statistische Basis ist zwar etwas unsicher, doch im Unterschied zu Hochqualifizierten werden Geringqualifizierte erstmals bereits in der frühen Bildungsphase erfasst, wenn die Schulstatistik 'Problemschüler' im Lernverhalten ausweist. Zum Zeitpunkt der Schulentlassung werden sie mit dem Indikator 'Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss' in der Schulstatistik erfasst. Die aktuelle räumliche Verteilung nach Kreisen (KROEHNERT et al. 2004) kennzeichnet diesbezüglich vor allem viele Regionen in den NBL als besonders benachteiligt. Die Darstellung muss eine Relativierung ertragen: Die Häufung von Schwellensprüngen an Landesgrenzen ist ein Hinweis darauf, dass der gewählte Indikator eine Überfrachtung mit 'organisatorischen Parametern' beinhaltet, deren Begründung sowohl in der Kultushoheit der Länder (Stellung der Hauptschule im Bildungssystem) als auch in der Kommunalstruktur (statistische Basis) zu finden ist, allerdings keine prinzipiellen Zweifel auslöst.

Für einige Teile der Region gibt es offenbar sogar noch eine Steigerung dieses Phänomens, das zumindest ein ernstzunehmendes Entwicklungshindernis sein dürfte: die Überhäufigkeit von Lernbehinderten und geistig Behinderten. Betrug ihr Anteil bei Kindern und Jugendlichen in der DDR 2,5% - 2,8%, also genau soviel wie in der BRD (BAUDISCH/WINTER 1989), so hatten ländliche Gebiete ohne die jeweilige Kreisstadt oft > 6%. In einigen kleinen Gemeinden lag der Anteil Lernbehinderter sogar bei > 15% der Schüler (WEISS 1995). Ob das mehr ist als nach konsequenter Abwanderung jener mit höheren und mittleren schulischen Abgangsleistungen zu erwarten, kann hier nicht geklärt werden. Auf jeden Fall rundet sich damit einerseits das Bild von der Beziehung zwischen Migration und intellektueller Disposition der Migranten bis in die Extremlage ab, andererseits ist die Residualbevölkerung jedoch nicht auf das Fehlen von Personen mit höherer Bildung zu beschränken.

Der Fokus unserer Betrachtung sollte aber nicht durch derartige 'Grenzbereiche' dominiert werden, sondern auf andere Fragen orientiert sein: Das allgemeine Wanderungsverhalten der Bevölkerung von Regionen mit permanentem Migrationsverlust über mittlerweile zwei Generationen ist sowohl für die Abwandernden als auch für die betroffenen Regionen mehr als ein einfacher, individuell organisierter räumlicher Ausgleich von Defiziten in der Lebensqualität. Durch diese Migration, deren Kern das Braindrain ist, wird in den Zuzugsregionen kurzfristiger Bedarf an Humankapital gedeckt – ohne eine adäquate Gegenleistung und mit nachhaltiger Schädigung der Quellregionen !

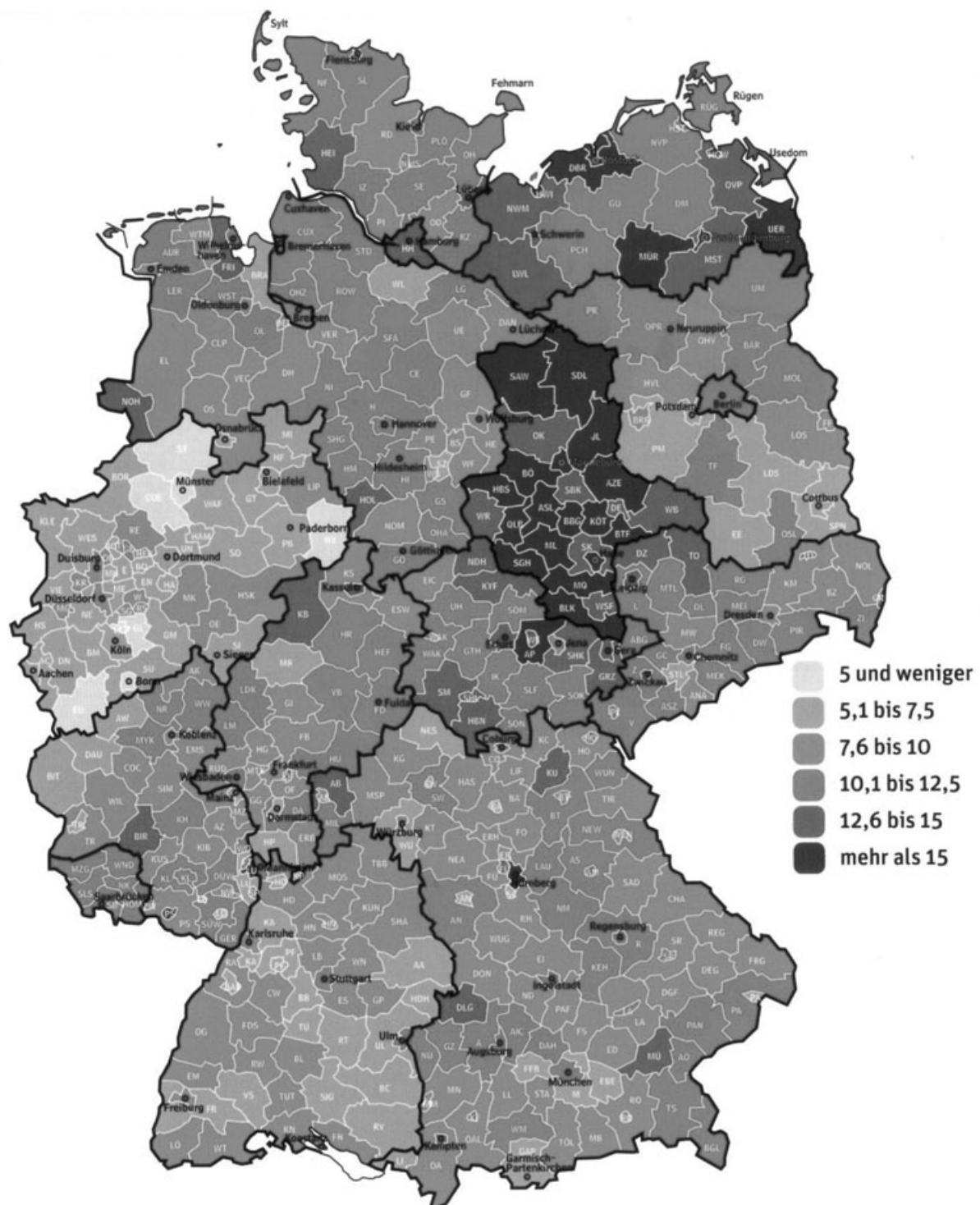
Das Feedback des Braindrain leitet sich direkt aus der Residualbevölkerung ab, insbesondere aus ihren qualitativen Parametern. Sie hat generell bei Eintritt ins Bildungssystem sowohl die ungünstigsten Startbedingungen als auch Entwicklungskonditionen. Doch sie hat weniger ein allgemeines Bildungsproblem als Defizite bei ausgewählten Gruppen.

Abb. 2: Kreise BRD – Sexualproportionen d. 18-29jährigen in %
(gemessen am Frauenanteil je 100 Männer)



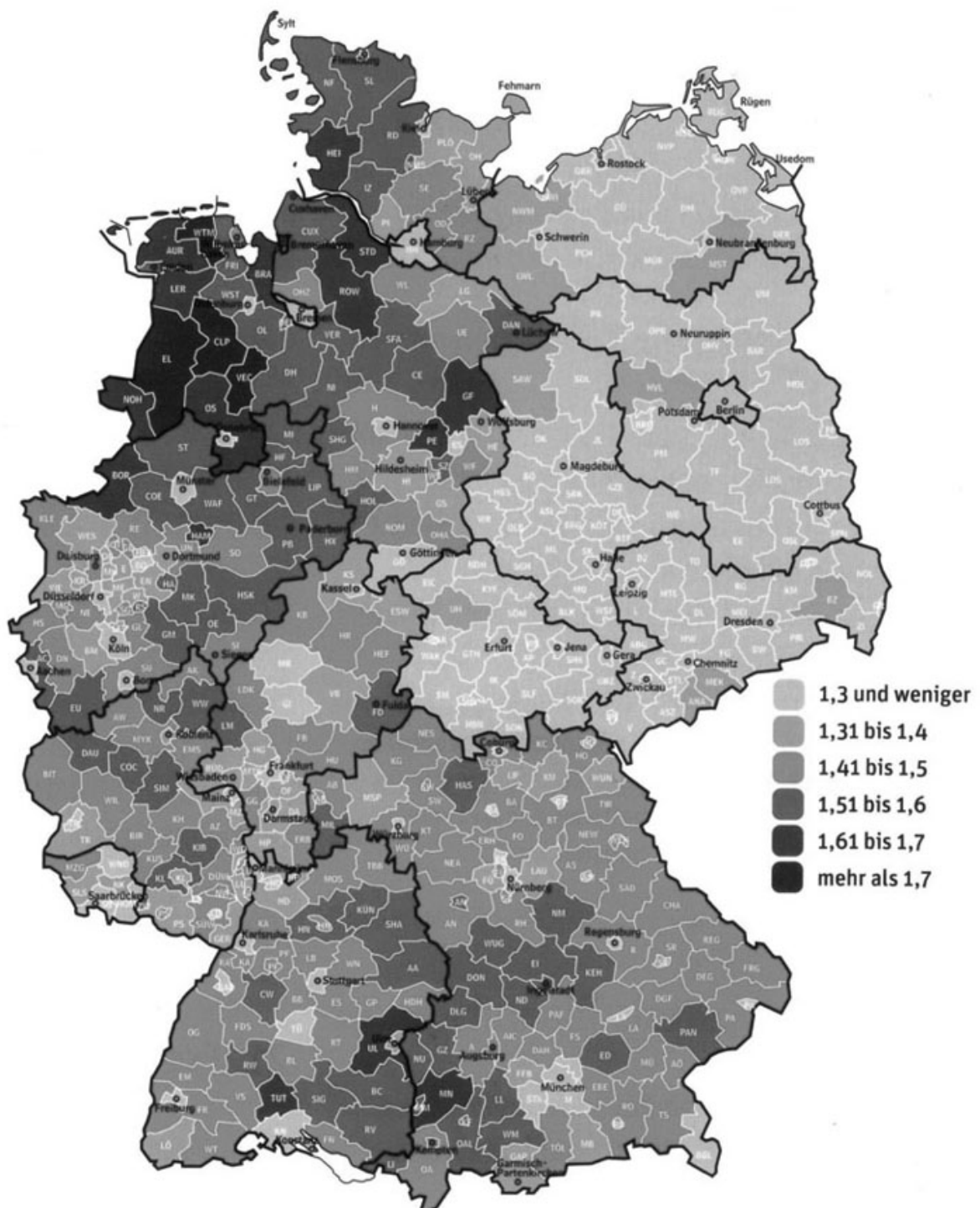
Quelle: KRÖHNERT et al. 2004, S. 13

Abb. 3: Kreise BRD – Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2001



Quelle: KRÖHNERT et al. 2004, S. 18

Abb. 4: Kreise BRD – Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2001



Quelle: KRÖHNERT et al. 2004, S. 12

Da speziell jene Altersgruppen in ihrer Leistungsfähigkeit besonders stark durch die selektive Abwanderung beansprucht werden, die gerade erst ins Berufsleben eintreten, wird der Prozess – im Sinne seiner langfristigen Wirksamkeit – demographisch doppelt nachhaltig: Erstens durch die Deformierung dieser Altersgruppe, was zu erheblichen Belastungen der öffentlichen Daseinsvorsorge führt, und zweitens durch die ausbleibende Reproduktion, denn bei 15% Frauendefizit und nur 1,2 Kindern/Frau wird insgesamt nur etwa das halbe Niveau der Bestandserhaltung erreicht. Damit liegt die Region auch zukünftig erheblich unter dem Bundesdurchschnitt; ein Ausgleich wird unter diesen Bedingungen auch längerfristig kaum möglich sein.

Einen wichtigen, bislang noch nicht behandelten Unterschied zur demographischen Entwicklung in der DDR vor 1990 gibt es allerdings im demographischen Kernprozess Fertilität. Gerade die Intellektuellen im Osten haben mit der staatlichen Fusion Deutschlands wohl die stärkste Veränderung in ihrem demographischen Verhalten erfahren. Mitte der 1980er Jahre hatte fast die Hälfte aller Absolventinnen von Hoch- und Fachschulen in der DDR bereits mindestens ein Kind oder war schwanger (STARKE 1989), obgleich das Studium damals bereits in der Regel nach dem 22. bzw. 23. Lebensjahr beendet war.

Unter den akademisch gebildeten Frauen aus der DDR (Altersgruppe 30 - 39a; 1994) blieben nur etwa 5,0% (Fachschule) bzw. 7,9 % (Hochschule) kinderlos; die Vergleichswerte für die Alt-BRD lagen bei 31,0% bzw. 37,2% (DORBRITZ/SCHWARZ 1996). Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil zeitlebens kinderloser Akademikerinnen in Deutschland insgesamt schon auf etwa 40% gestiegen ist. Ostdeutsche Frauen dieser Qualifikation hatten bei kürzerer Generationsfrequenz mindestens 1, durchschnittlich 2 Kinder mehr.

Dagegen erfuhren die sozialen Gruppen mit der geringsten Qualifikation in der gleichen Zeit eher einen Impuls in die entgegengesetzte Richtung: Im Unterschied zur ehemaligen BRD, wo der Anteil der Kinderlosen unter den un- und angelernten Frauen am geringsten war, verhielt es sich in der DDR genau umgekehrt.

5. Verstetigung struktureller Armut infolge von Wanderungsprozessen

Die unausgewogene, insbesondere selektive Abwanderung von Ost (NBL) nach West (ABL) führt zur Überlagerung unterschiedlich dimensionierter Teilaspekte, die ansatzweise bereits angesprochen wurden, die explizit – ohne Vollständigkeitsanspruch – aufgelistet allerdings ein runderes Bild ergeben; jeder dieser Teilaspekte bietet Potential für eine gesonderte Erörterung:

- Die Geburtenentwicklung der 1950er und 1960er Jahre konnte den damaligen Exodus der ostdeutschen Bevölkerung weitgehend kompensieren. Das ist nach 1989 nicht mehr so; die einfache Reproduktion der Bevölkerung kann bereits seit 1973 nicht mehr gesichert werden. Seit 1990 wird die Bestandserhaltung erheblich unterschritten. Gegenwärtig liegt die Fertilitätsquote bei 1,2 Kindern/Frau. Durch Abwanderung ist die potentielle Müttergeneration besonders betroffen.
- Das Bevölkerungspotential im arbeitsfähigen Alter weist in den NBL infolge selektiver Abwanderung deutliche Tendenzen sinkender Qualifikation und höheren Durchschnittsalters auf als in den ABL. Das Arbeitseinkommen ist 15 Jahre nach der Vereinigung dort noch immer geringer; in etwa der Hälfte der Gemeinden in den ländlichen Regionen liegt die mittlere Kaufkraft mindestens 50% unter dem Bundesdurchschnitt (Abb. 6). Hingegen unterscheiden sich die Lebenshaltungskosten kaum noch.
- Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist in ganz Deutschland etwa seit 1973 negativ; 2001 betrug er in den NBL (außer Berlin) 45.194 Ew.

Durch Verlust junger Menschen und gestiegene Lebenserwartung verändert sich die Bevölkerungsstruktur besonders dramatisch. Alte Menschen in Regionen mit demographisch-soziologischen Disproportionen Ostdeutschlands sind oft sehr arm, denn sie können kaum auf akkumuliertes Kapital zurückgreifen.

- Die NBL sind hinsichtlich der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung eine schrumpfende Region: Ihre Bevölkerungszahl sinkt seit dem Versiegen der Umsiedlerströme nach Ende des II. WK mit unterschiedlicher Intensität von 19,044 Mio. (1947) auf

16,434 Mio. Ew (1989). Nach Phasen der Wohlstands- und Arbeitsmigration lebten 2001 nur noch 13,788 Mio. Ew in den NBL (ohne Berlin-Ost) (Stat. Jb. BRD).

- Hauptursache der Abwanderung von Schulabgängern und Berufseinsteigern, die spätestens seit Mitte der 1990er Jahre diese dominieren, ist der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Daraus folgen sozioökonomische Perspektivlosigkeit, Rückgang des Lebensstandards, zunehmende Kaufkraftminderung und Verarmung. Jüngste Reaktion ist die flächendeckende Furcht vieler Bürger vor den Auswirkungen der Gesetze zur beabsichtigten Belegung des Arbeitsmarktes (Hartz IV). Gerade im Osten überwiegen Langzeitarbeitslose; doch nicht nur für die sind diese Maßnahmen eine Verschärfung ihrer existentiellen Bedingungen.
- Die Abwanderung erfolgt selektiv zu Ungunsten der NBL, d.h. durch Wegzug von überwiegend jüngeren, gut ausgebildeten, leistungsfähigen und motivierten Personen, und hier besonders – das ist von einschneidender Bedeutung für die perspektivische Bevölkerungszahl – von überdurchschnittlich vielen jungen Frauen.
- Abwanderungen erfolgen zwar nach individuellen Entscheidungen, doch sind die Konsequenzen für die Migranten selbst, ihre Familien und die stark betroffenen Regionen in den NBL so einschneidend, dass man ihnen auch ein regionales bzw. ein 'kollektives' Moment beimessen muss. Unsere Darstellung der überproportionalen, einseitigen Abwanderung ist keine (An)Klage, wohl aber Information und Aufforderung an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, der Behauptung einseitigen West-Ost-Transfers entgegenzutreten und die Folgen für die NBL zu entschärfen.
- Folgen massiver Abwanderungsprozesse sind als Deformationen der Bevölkerungsstruktur, Überalterung (mit vergleichsweise höchster Dynamik) und wachsende wirtschaftliche und soziale Probleme der Rest-Bevölkerung wie der Kommunen sichtbar.
- Die Kosten für die Vorbereitung des Humankapitals tragen als Geber die NBL in doppelter Form: zum Einen über den Aufwand für Erziehung/Bildung, Gesundheits- und Sozialleistungen der späteren Abwanderer, zum Andern über den Ausgleich der durch die Deformation der Bevölkerungsstruktur entstandenen Verluste/Mehraufwendungen für Pflegebedürftige und Alleinlebende, die Folgen sozialer und kultureller Defizite und eine unrentabler gewordene Infrastruktur. Die große Gruppe der Ost-West-Pendler erbringt einen überdurchschnittlichen privaten Aufwand (Geld, Zeit, Kraft) für Fahrten, Zweitwohnung, Kommunikation mit Stammfamilie und Freunden, so dass sich viele schließlich für ihre berufliche Perspektive entscheiden müssen, also zu Migranten werden.
- Die Ost-West-Migration ist die wichtigste und größte Transferleistung der NBL für die ABL, noch vor ihrer Bedeutung als Absatzmarkt, Empfänger von Transfers und 'Sprungbrett' zu den neuen EU-Mitgliedsländern im mittleren Osten Europas.

6. Demographische Investition, demographischer Transfer und einseitig strukturierte, unausgewogene Migrationen (Abb. 5, 6)

Die Abwanderung der Bevölkerung aus den NBL in die westlichen und südlichen ABL verstetigt sich. Bei den besonders betroffenen Altersgruppen ist keine Stagnation bzw. Minderung und erst recht keine Umkehr der Abwanderung in Sicht. Damit ist für lange Zeit eine Gefährdung des Bestandes der Bevölkerung im Osten als funktionstüchtiger gesellschaftlicher Organismus gegeben, was letztlich die Stabilität der Nation beeinträchtigen könnte, denn es handelt sich um Potentialverschiebungen zu Gunsten einer und damit zu Ungunsten einer anderen Gruppe der Gesellschaft, die mindestens bis in die nächste Generation hinein wirken. Es sind Transfers von enormem Umfang, die bestimmte soziale und regionale Gruppen ent- und andere belasten, wobei diese Gruppen eine starke demographische und regionale Identität besitzen. Nach unterschiedlichen Prognosen verlieren die NBL bis 2020 weitere 1,2 Mio. (Deutschland-Report von PROGNOSE 2004) bzw. 1,3 Mio. Ew (BBR 2005), also rund jeden 10. Einwohner. Das wäre an sich eigentlich kein Problem, doch summierte es sich mit den bisherigen Verlusten zu einem Drittel!

Alle bisherigen Ansiedlungen in Abwanderungsregionen und -standorten waren nicht von Dauer: Nach dem Ende des II. WK kamen 1,2 Mio. Flüchtlinge aus den ehemals deutschen Ostgebieten, doch viele fanden am neuen Wohnort keine neue Heimat, sondern zogen weiter, obgleich es kaum gravierende soziologische Differenzen zur autochthonen (ansässigen) Bevölkerung gab. Zuwanderung aus dem Ausland ist zumindest so lange keine Lösung für die NBL, wie es an Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten mangelt. Deshalb ist der Ausländeranteil in Ostdeutschland auch 16 Jahre nach der Vereinigung noch verschwindend gering. Spätaussiedler und Ausländer ziehen Angeboten an Arbeitsplätzen und Infrastruktur nach in große Städte und Industriegebiete. 2001 wurden 879.217 Zuzüge aus dem Ausland und 606.494 Fortzüge gezählt: Das entspricht einem Wanderungsgewinn aus dem Ausland von 272.723 Personen, davon 84.451 Deutsche und 188.272 Ausländer; die NBL (außer Berlin) waren daran kaum beteiligt.

Die Belastungen durch Abwanderung zeigen sich immer deutlicher in längerfristigen und sich verschärfenden demographischen Disparitäten (rasche Überalterung; 'Ver-männern' in den demographisch aktivsten Jahrgängen; hoher Anteil unvollständiger Familien, v.a. weiblicher Alleinerziehender, trotz > 15% Männerüberschuss; sinkende Zahl der Eheschließungen; akuter Frauenmangel in den fertilsten Jahrgängen; usw.), aber auch in solchen der sozialen Problemlage (v.a. sinkendes durchschnittliches Bildungsniveau; wachsende Anteile von Sozialhilfeempfängern bzw. Hartz-IV-Betroffenen).

Die Zahl der Berufstätigen stieg in der DDR trotz Abnahme der Bevölkerung beachtlich von 7,313 Mio. (1949) auf 8,547 Mio. (1989). Zwar wurde die Arbeitsmotivation vielfach durch Defizite in der Arbeitsorganisation, veraltete Technologien und Lücken in der Materialbereitstellung beeinträchtigt, allerdings war den Berufstätigen der DDR Arbeitslosigkeit fremd.

Der numerische Hauptgrund für dieses Anwachsen der Beschäftigtenzahl war die gleichzeitige Steigerung des Frauenbeschäftigtengrades um etwa ein Fünftel von 40,9% auf 48,9%. In der ersten Phase der DDR trugen zu dieser Entwicklung auch die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verstaatlichung von Unternehmen bei, weil dadurch Frauen ihren Status von privater und somit beitragsfreier Beschäftigung im Familienbetrieb oder als mithelfende Familienangehörige in eine nichtselbständige Berufstätigkeit änderten. Teilzeitarbeit verrichteten 1/3 der berufstätigen Frauen; sie war zumeist an bestimmte Lebensphasen (z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen u.a.m.) gebunden. Gleichberechtigte Zugangschancen der Frauen zu Beruf und Studium schufen gute Voraussetzungen für ihre Berufstätigkeit; gleichsinnig wirkten die großzügigen Maßnahmen zur außerfamilialen Kinderbetreuung.

Bildung und Qualifikation spielen derzeit eine nicht nur in den NBL zu geringe Rolle, v.a. für die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (im Sinn der Weiter- und Fortbildung). Zu Beginn der 1990er Jahre wurden viele wissenschaftliche Einrichtungen geschlossen und abgewickelt. Ganze Gruppen von qualifizierten Berufstätigen älterer Jahrgänge machten mehr oder weniger freiwillig meist mangels Alternativen von der Vorruhestandsregelung Gebrauch. Diese Ausgrenzungs- und z.T. Diskriminierungsprozesse wurden in 5 Weißbüchern (1992 - 1995) der Ostberliner Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und Menschenwürde (GBM) ausführlich dokumentiert.

VILMAR und DÜMCKE schrieben 1996: „Die deutsche Arbeitsmarktpolitik, die in den ersten Jahren geholfen hat, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, 'Kurzarbeit Null', eine großzügige Vorruhestandsregelung etc. die katastrophale Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu lindern, wurde nicht in Richtung auf einen ausgebauten Zweiten (staatlichen) Arbeitsmarkt weiterentwickelt, sondern wurde und wird im Zuge der Sparpolitik der Bundesregierung abgebaut, mit der Folge zunehmender Verelendung und Zukunftslosigkeit der Arbeitslosen.“ (S. 42)

1970 hatten in der volkseigenen und genossenschaftlichen Wirtschaft der DDR 64,7% der Berufstätigen eine abgeschlossene Berufsausbildung, bis 1980 stieg ihr Anteil auf 83,7%. 1989 verfügten schließlich 90,3% darüber, dav. 8,1% mit Hochschulabschluss, 14,1% mit Fachschulabschluss, 4,2% mit Meisterabschluss und 60,6% als (Teil)Facharbeiter (Stat. Jb.

DDR 1990). Unter Berücksichtigung der ca. 5% aus den verschiedensten individuellen Gründen nicht voll bildungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft hatten fast alle Berufstätigen eine berufliche Ausbildung absolviert.

Durch Länder und Kommunen sind für die Vorhaltung der Infrastruktur für Bildung, Ausbildung, Gesundheit und Soziales Kosten zu tragen, die bei Abwanderung aus der Kommune/Region nicht über Steuereinnahmen, Kaufkraft oder soziales Engagement gegenfinanziert werden.

Demographisch kostenintensive Phasen der Erziehung, Ausbildung, Alterssicherung werden durch die Einwohner der NBL aufgebracht, während die Zuwanderungsländer vom Ost-West-Transfer gut ausgebildeter, leistungsstarker und vorwiegend jüngerer, gesunder Steuerzahler von dort profitieren. Die Imbalance bei den gesellschaftlichen Aufwendungen, die von den Menschen wiederum regional zu tragen ist, wird wahrscheinlich auch in Zukunft anhalten, wenn allein die Unterschiede zwischen West und Ost in der Bereitstellung der Plätze in den Einrichtungen für die Betreuung der Vorschulkinder bestehen bleiben und Studienbenachteiligungen, die z. B. 'Pisa 2' konstatierte, für sozioökonomisch benachteiligte Schichten, die ja in den NBL regional stark vertreten sind, weiter vertieft werden.

Auf dieser Basis verschärfen sich die bestehenden wirtschaftlichen Probleme der NBL (weniger Existenzgründungen; schwache Basis für den Mittelstand; kostenintensive Infrastruktur bei Verkehr, Handel, Post). Damit verbunden sind Ausdünnung des Angebots an Dienstleistungen, insbesondere wenn diese betriebswirtschaftlich optimiert werden (z.B. Dt. Bahn AG), Verteuerung von bisherigen Leistungen (Wasser, Abwasser u.a. kommunale Dienstleistungen), Reduzierung kultureller Angebote und letztlich sinkende Lebensqualität.

VILMAR und DÜMCKE gehen in ihrer Studie 1996 hinsichtlich der sozialen und kulturellen Folgen scharf mit der dominierenden liberal-konservativen Vereinigungspolitik ins Gericht. Weil diese nachweislich eine selbstbestimmte demokratische Erneuerung in Ostdeutschland behinderte, über weite Strecken sogar die Menschenwürde verletzte, Dominanzinteressen westdeutscher (Macht-)Eliten bediente, kommen die Autoren nach gründlichen Analysen zu den Bezeichnungen Soziokulturelle Liquidation und Kolonialisierung. Sie stellen fest: „Die weitgehende Nichtzurkenntnisnahme, Leugnung oder gar Herabwürdigung wissenschaftlicher, literarischer, künstlerischer, pädagogischer, gesundheits- und sportpolitischer wie auch – nicht zuletzt – sozialpolitischer Leistungen, die es in der DDR trotz partieller inhumaner Strukturen gab, haben Millionen von DDR-Bürgerinnen und Bürgern der DDR als Demütigung und Verletzung ihres Selbstbewusstseins erlebt: Nach sechs Jahren Vereinigungspolitik empfinden sich noch vier Fünftel der Ostdeutschen als 'Bürger 2. Klasse'.“ (a.a.O. S. 42).

Von enormer Tragweite sind die Auswirkungen auf die Lebensqualität, v.a. wegen ihres nachhaltigen Einflusses auf die Entwicklung der Bevölkerung im Osten, auch auf deren wirtschaftliche und kulturell-soziale Möglichkeiten. 14 Jahre nach dem Beitritt der NBL bestehen noch immer Einkommensunterschiede von 17,8% zu den ABL, bei Frauen sogar von 20,4% (Stat. Jb. BRD 2003).

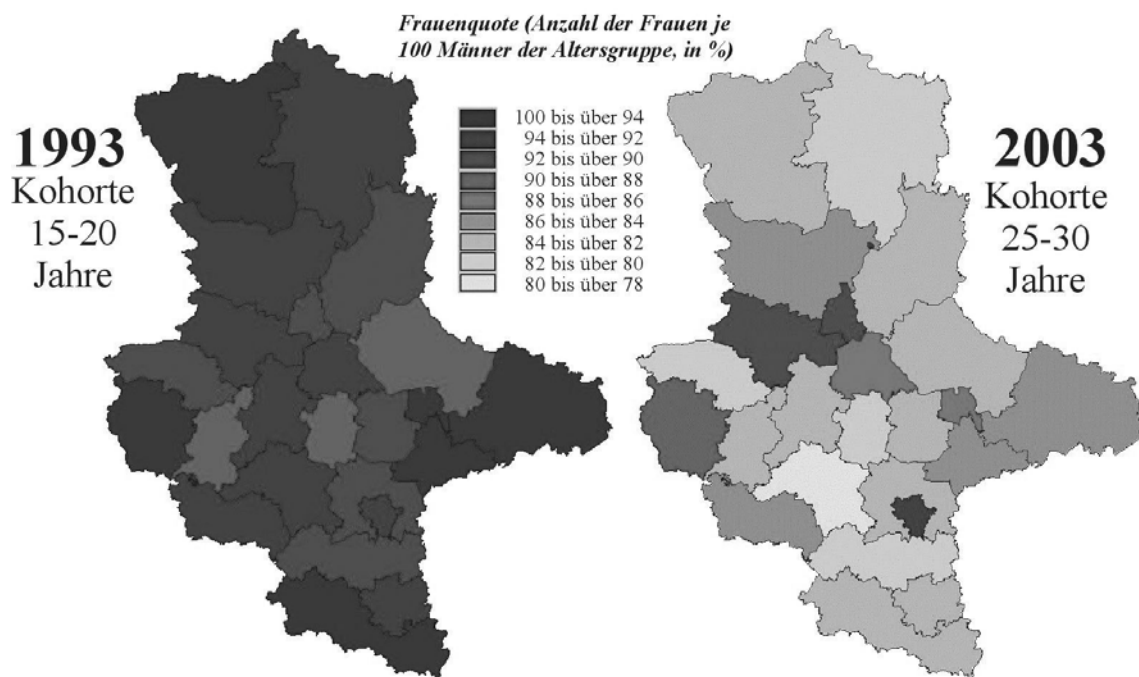
Daraus erwachsen geringere Kaufkraft und Rentenansprüche sogar lebenslang für eine Generation, die infolge ihrer 'späten Geburt' an der Entwicklung der DDR kaum beteiligt war. Individuelle Potentiale (Kreativität, Schaffenskraft etc.) und soziales Kapital (Kompetenz, Qualifikation u.a.m.) liegen weitgehend brach. Die Folgen der Abwicklung und der Treuhand-Politik kosten Bund, Länder und Kommunen immense Mittel für Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und Armutsbegrenzung.

Aus diesen Mosaiksteinchen setzt sich ein Bild zusammen, das SCHWARZE und HÄRPFER (2003) als Verminderung der Einkommensungleichheit beschreiben, was ja eigentlich eine Erhöhung der Einkommensgleichheit implizieren müsste – oberflächlich betrachtet das Ziel vieler auf Gerechtigkeit durch Gleichheit ausgerichteter Bewegungen. Die von ihnen angeschlossenen Fragen, ob damit die individuelle Wohlfahrt eingeschränkt ist und welchen Einfluss die staatliche Umverteilungspolitik hat, mögen darum verblüffen. Doch es kommt offenbar auf die 'Platzierung des Durchschnitts' an: Gerechtigkeit durch Gleichheit in gleicher Armut im Mittelfeld der Einkommensskala dürfte kaum als solche akzeptiert werden. Darum schlussfolgern sie nach einer umfangreichen einleitenden Begründung und Beschreibung ihres Gedankenganges ganz konsequent: „... Gleichwohl wirkt sich die Verringerung der

Ungleichheit durch das Steuer- und Transfersystem nicht positiv auf die Lebenszufriedenheit aus. Für Individuen, die sich im 'Mittelfeld' der Einkommensverteilung befinden, zeigt sich sogar ein negativer Einfluss. Diese Gruppe trägt in Deutschland die überwiegende 'Last der Umverteilung' (a.a.O. S. 16).

Aus demographischer Sicht beschreibt die Konstitution der Residualbevölkerung am besten die nachhaltig-negativen Auswirkungen der demographischen Prozesse seit 1989. Sie wurden von WEISS 2004 am Beispiel von Sachsen-Anhalt [S-A] etwas detaillierter dargestellt. Untersucht wurde die Geburtskohorte von 1973 - 1977 in der Veränderung ihrer Sexualproportion auf Kreisbasis, sowie zusätzlich die Sexualproportionen der Bevölkerung nach Geburtsjahrgängen insgesamt (Stand 2002):

Abb. 5: Sachsen-Anhalt – Frauenquote nach Kreisen 1993 / 2003



Quelle: Stat. LA Sachsen-Anhalt; Graphik: Autor

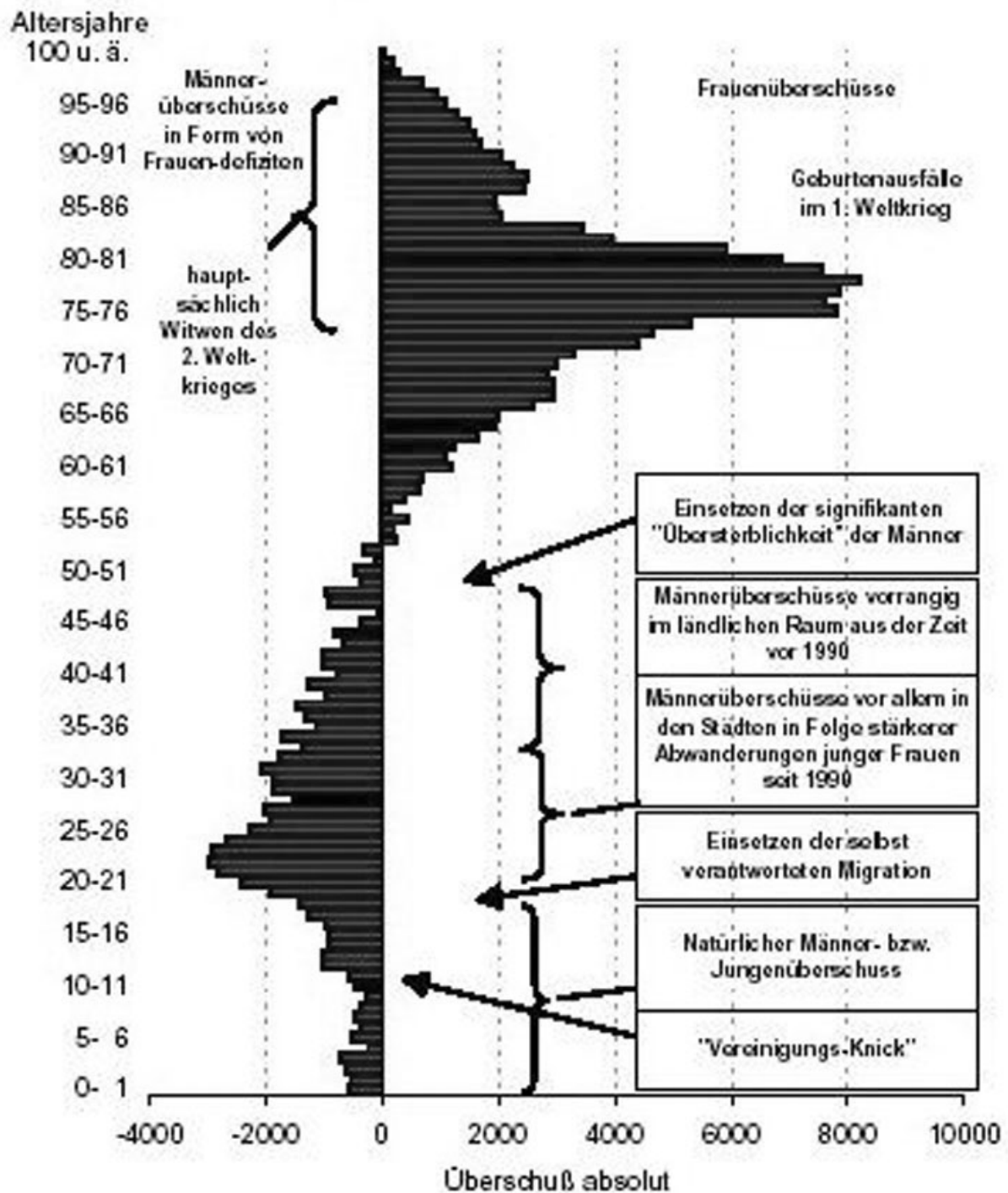
Dieses Beispiel verdeutlicht die enorme Verschiebung demographischer Potentiale allein in den Komponenten Alter und Geschlecht. Das Extrembeispiel für den Verlust an jungen Frauen ist der Landkreis Mansfelder Land, in dem in der untersuchten Kohorte in der Zeit von 1993 - 2003 aus einer Bevölkerung mit einer nahezu ausgeglichenen Sexualstruktur nur durch überproportionale Abwanderung junger Frauen ein Männerüberschuss von > 25% entstand (Bezugsgröße residuale Frauen 100%). Auf Landesbasis ist der Männerüberschuss in der Folgekohorte (Geburtsjahrgänge 1978 - 1982) noch größer, was allerdings auf Kreisbasis noch nicht dargestellt werden kann (die Aufarbeitung dieser Daten steht bisher aus).

7. Umfang demographischer Investition und demographischen Transfers (Abb. 7, 8)

ADRIAN (2004) beschäftigte sich bei seiner Untersuchung der demographischen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands mit konkreten demographischen Kosten. Dabei beschreibt er nicht nur die Beziehungen der demographischen Entwicklung zur allgemeinen Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft, die er generell als demographisch bedingt kennzeichnet. Der dramatische Geburtenrückgang um 1970 ist für ihn quasi das entscheidende Schlüsselereignis, das ab 1995 zu einem Rückgang der 'haushaltsgründenden Jahrgänge' um 400.000 pro Jahr führte. Demzufolge werden seit 1995 jährlich etwa 250.000 Wohnungen weniger gebraucht. In den nächsten Jahren wird nach seinen Beispiel-

rechnungen auch das Käuferpotential für Wohnimmobilien um 35% abnehmen, was zur Folge haben könnte, dass die Immobilienpreise einbrechen. Die Auswirkungen für Kreditsicherheiten und Firmeninsolvenzen dürften wohl dramatisch sein.

Abb. 6: Sachsen-Anhalt – Alters- u. geschlechtsspezifischer Überschuss der Bevölkerung am 31.12.2002



Von regionaler Bedeutung ist dabei die Verschiebung der Schwergewichte von Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbau: Während die NBL etwa 2 Mio. Ew verloren, wurden gleichzeitig rd. 900.000 Wohnungen fertig gestellt, obgleich der quantitative Wohnungsbedarf 1990 schon weitgehend gedeckt war. Der jetzt auftretende Leerstand, der in ausgewähl-

ten Städten schon bei > 30% in den Quartieren des staatlichen Wohnungsbaus vor 1990 liegt, belastet die Kommunen unmittelbar, denn die meisten dieser Gebäude befinden sich im Besitz von Gesellschaften, die zu 100% Eigentum der Städte und Gemeinden sind.

Neben solchen flankierenden Berechnungen analysiert ADRIAN auch die allgemeine Verteilungswirkung unserer sozialen Sicherungssysteme. Diese stellen eine riesige finanzielle Prämierung für Kinderlosigkeit dar: Ein Elternpaar mit 2 Kindern verzichtet heute im Verlauf seines Erwerbslebens auf etwa die Hälfte seines gesamten Arbeitseinkommens – leistet insgesamt jedoch deutlich mehr volkswirtschaftlich relevante Arbeit als ein kinderloses Doppelverdienerehepaar. Kinder zu erziehen ist danach nicht nur eine große Verantwortung und kostet viel Zeit, Arbeit, Kraft, Nerven und Geld – sondern dies wird auch noch bestritten, doch nur von jenen, die nie ein Kind aufgezogen haben. ADRIAN rechnet konkret vor: „Wer keine Kinder aufgezogen hat, hat im Vergleich zu Eltern in seinem Leben wenig gearbeitet, selbst wenn er 40 Jahre erwerbstätig war. Gleichzeitig hat das Elternpaar natürlich für seine Kinder viele zusätzliche Ausgaben, so dass das Netto-Pro-Kopf-Einkommen der Eltern im Verlauf des gesamten Erwerbslebens mindestens 300.000 € niedriger ist als das des kinderlosen Ehepaares. In der Altersphase haben die Kinderlosen heute nochmals einen Einkommensvorteil von 100.000 €, da sie mehr Rente erhalten als Eltern. Insgesamt wird also lebenslange Kinderlosigkeit im Vergleich zur Erziehung von 2 Kindern mit ca. 400 000 € pro Paar 'prämiiert'. Kinderlose konsumieren heute im Verlauf ihres gesamten Lebens mehr als sie selbst insgesamt erwirtschaftet haben, weil sie durch unsere sozialen Sicherungssysteme beschenkt werden. Diese grobe Ungerechtigkeit würde zukünftig unsere Kinder und Enkel ausbeuten und muss deshalb schleunigst beendet werden.“

An anderer Stelle wird derselbe Autor noch deutlicher: „Heute verzichtet ein Elternpaar bei 2 Kindern neben Karriere in der Regel auf 15 Jahresgehälter oder im Durchschnitt 600.000 € brutto, bzw. ca. 400.000 € netto und damit 200.000 € netto pro Elternteil (sog. Opportunitätskosten). (15 Jahre = 6a Unterbrechung, weitere 12a halbtags = 6a, weitere 3 Jahresäquivalente wegen geringerer Karrierechancen).“ (2004, PPT-Vortrag, frei zugänglich unter: http://www.uni-mainz.de/FB/Physik/AG_Adrian/hadrian.html, Folie 80 in der Version vom 08.02.2005)

Diese pauschalisierten Summen haben zunächst mit den Transfer-Kosten gar nichts zu tun, werden aber im Übergang von einer Generation auf die nächste kostenwirksam. Unter dem Aspekt der Benachteiligung sollten sie den Transfer-Kosten nicht nur formal zugeschlagen werden, sondern auch als regionale Aufwendungen betrachtet werden, denn sie schlagen sich letztlich auch als regionale Standorteigenschaften nieder.

Mit den 'Opportunitätskosten', die er allerdings nicht immer stringent nach individuellen und gesellschaftlichen Aufwendungen differenziert, weshalb sie von uns nur als grobe Näherung angenommen werden, steckt ADRIAN den Rahmen für demographische Investitionen ab, was nach den unterschiedlichen Bezugsgrößen natürlich zu unterschiedlichen Summen führt. Während er die nominalen Kosten für die Erziehung eines Kindes durch die Eltern von der Geburt bis zur Volljährigkeit im gegenwärtigen Bundesdurchschnitt mit etwa 105.000 € bemisst, sind vielfältige Zusatzkosten anzusetzen. Allein eine mittlere Berufsausbildung kostet den Ausbildungsbetrieb/Bildungsträger 30.000 €. Obgleich solche Kosten in den NBL zu 2/3 durch Bund-Länderprogramme finanziert werden, weil es dort viel weniger betriebliche Ausbildungsplätze gibt, schlägt das auch auf die finanzielle Lage der Familien zurück, denn diese Gelder fehlen den Kommunen für andere Leistungen.

Der Vergleich mit Zeitlebens-Kinderlosen ist für eine Ost-West-Transfer-Untersuchung besonders gut geeignet, da ADRIAN hier zum einen mit einer für weitere Berechnungen günstigen runden Summe der demographischen Investitionen operiert (200.000 €), zum anderen dieses Phänomen der (freiwilligen) Zeitlebens-Kinderlosigkeit im Osten erst nach 1989 auftauchte. Das steht im krassen Gegensatz zu den allgemeinen Lebensverhältnissen, die sich z.B. in der regionalen Kaufkraft zeigen.

Zur Beachtung: Die Kalkulation der 'Opportunitätskosten' dient ausschließlich der analytischen Näherung der Bilanz demographischer Investitionen. Eine Bewertung der Leistungen von Eltern im Unterschied zur diesbezüglichen Lebenslage zeitlebens Kinderloser wird hier nicht angestrengt, obgleich das in den Berechnungen von ADRIAN erfolgt. Würden dessen

Berechnungen konsequent durchgehalten, dann wären auch die Transfer-Leistungen der durchschnittlich wesentlich jüngeren DDR-Bevölkerung zur betagteren BRD-Bevölkerung von 1989 hinsichtlich der laufenden Renten-Umlagen mit einzubeziehen. Hingegen ist der demographische Transfer nach Struktur und Richtung insgesamt eindeutig.

Die obige Kalkulation in Ansatz gebracht, erhalten wir für einen ausgewählten Teil der Ost-West-Wanderungen folgende Eckdaten:

Allein von 1989 - 1999 verloren die NBL (ohne Berlin) rd. 1 Mio. Ew im demographisch aktivsten Alter (gemessen an der Spanne zwischen dem Beginn der Volljährigkeit und dem 40. Lebensjahr, zum Zeitpunkt 1999 auf das 30. bis 50. Lebensjahr aufgerückt). Diese Personen sind nicht nur mit der individuell durch ihre Eltern aufgebrauchten 'demographischen Investition' behaftet, sondern sie tragen zugleich kollektive Aufwendungen aus Mitteln der öffentlichen Hand. Diese Migranten sind quasi der demographische Kern jener Bevölkerung, an der die sog. Mantelbevölkerung hängt, also solche Personen, die sich im familialen Umfeld in einer gewissen Abhängigkeit befinden, die – wie die Kinder – nicht selbständig die Entscheidung zur Migration fällen, aber auch Menschen, die im sog. 'Elternsog' den Altersruhesitz in der Nähe des Wohnortes der Kinder suchen.

Das Produkt der Anzahl dieses (!) Wanderungssaldos und der oben angenommen demographischen Investitionssumme beträgt genau 200 Mrd. € ! Nicht nur, dass diese Mittel durch Migration aus der Quell-Region abfließen – sie stehen dort auch nicht mehr als produktives Kapital zur Verfügung. Zudem handelt es sich bezüglich Brain drain und Residualbevölkerung zumeist um die produktivste Gruppe der Gesellschaft. Damit wäre die Investitionssumme auch noch hoch zu verzinsen, was bei einer Kapital-Verdoppelung in nur 7 Jahren (Zins und Zinseszins) bis heute allein beim angenommenen Betrag etwa zu einer Ver vierfachung auf 800 Mrd. € führen dürfte.

Genau diesen Verlust hat der Osten Deutschlands durch massenhafte, selektive Abwanderung allein an individuellen demographischen Investitionen nur in der Kerngruppe der Migranten erlitten. Die gesellschaftlichen Investitionen in die höhere Bildung der zumeist besser qualifizierten Migranten (gegenüber den eher geringeren Bildungskosten der Sesshaften) sind dabei noch nicht mit eingerechnet.

Für die migrationelle Mantelbevölkerung und andere Migranten dürften die Kosten der demographischen Investition deutlich geringer anzusetzen sein. Von den insgesamt 2 Mio. Personen bis heute (Einwohnerdefizit zu 1989 = Summe aus Wanderungssaldo und strukturellem Geburtendefizit) entfallen also etwa weitere 0,5 Mio. auf Migration, denen eine adäquate Transfer-Summe zuzurechnen ist. Da es sich diesbezüglich zwar teilweise um von der ersten Gruppe Abhängige handelt, z.T. um Personen, die sich noch in der 'Primär-Investitionsphase' befinden (Kinder und Jugendliche), z.T. aber auch nur um Personen der reinen Mantelbevölkerung, die den Markt lediglich als Konsumenten betreten, wären die Kosten insgesamt nur halb so hoch anzusetzen, wenn in einer ökonomischen Bilanz die Nutzenseite (verwertbares Humankapital) entgegengesetzt würde. Dem kann hier nur bedingt gefolgt werden, da alle Aufwendungen im laufenden Reproduktionsprozess der einzelnen Person – gleich welchen Alters – wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurück fließen und damit zur Aufrechterhaltung des Marktes beitragen. Darum ist die gleiche Kalkulationsbasis bei lediglich verminderter Zinslast anzusetzen; dann sind das 200 Mrd. €.

Zusätzlich ist noch ein 'demographischer Schaden' zu berechnen: Das 1990 eingetretene Geburtendefizit beträgt bis heute ebenfalls ca. 500 000 Personen, von denen die ältesten mittlerweile in die 8. Klasse gehen würden, also in Kürze dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Das ist die fehlende Basis einer langfristig nachhaltigen Bevölkerungsstruktur, deren entfallene demographische Investitionen den Ausfall an künftiger Rentenerwirtschaftung mehrfach aufwiegen. Darum sind diese Ausfälle dem Transfer nicht gegen zu rechnen.

Somit sind allein die in den Ost-West-Wanderungen enthaltenen demographischen Investitionen mit hochgerechnet insgesamt 1.000 Mrd. € nicht zu viel bewertet. Es handelt sich hierbei allerdings nur um den Abfluss der privat und individuell investierten Mittel. Die damit für den Osten zugleich verlorenen bzw. transferierten gesellschaftlichen Aufwendungen sowie die auf Grund der Nachhaltigkeit aller demographischen Prozesse verlorene Zukunftsfähigkeit ist mit den zugänglichen Daten z.T. nicht kompatibel bzw. nicht kalkulierbar.

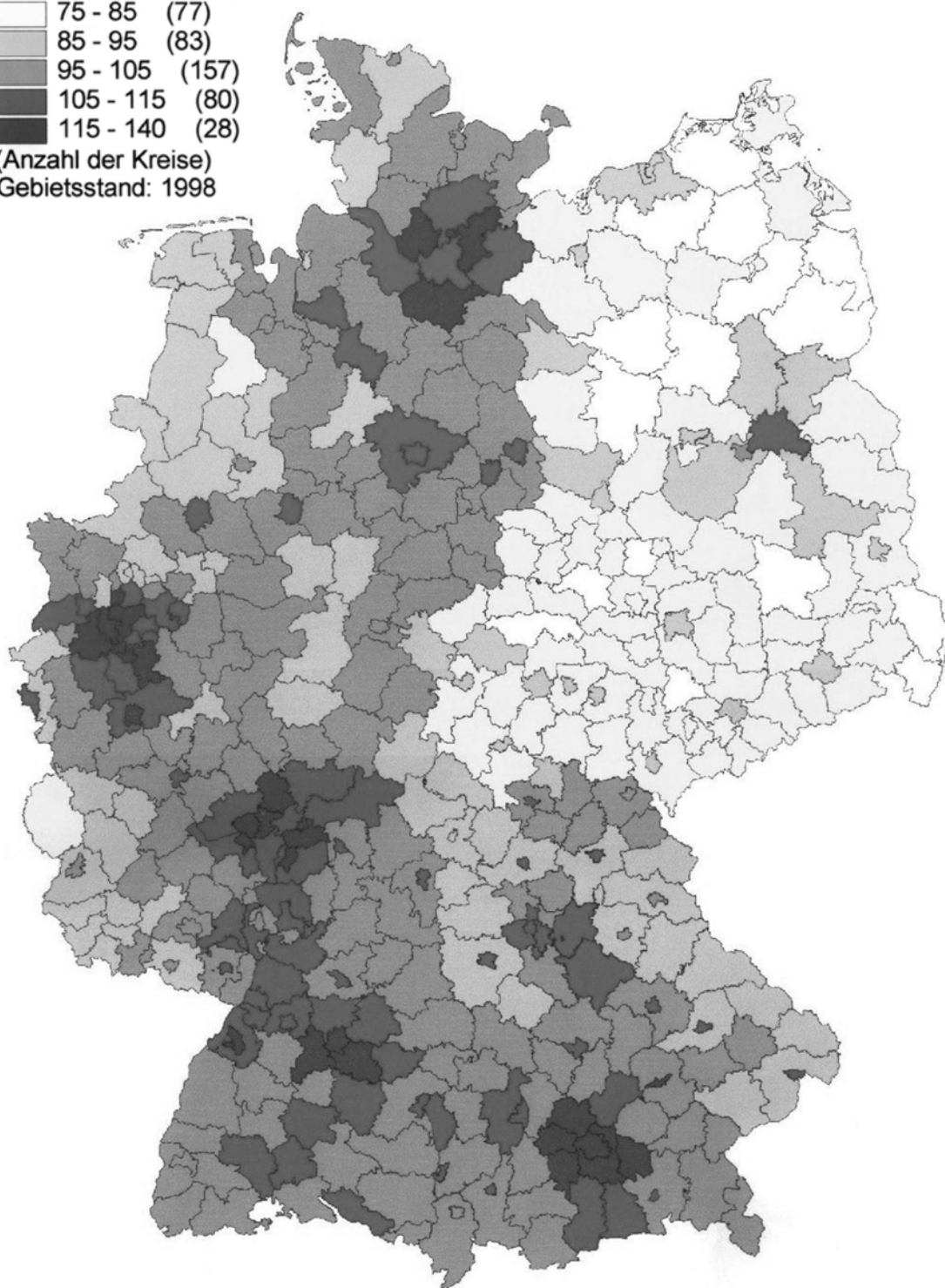
Abb. 7: Kaufkraft-Index in Deutschland nach Kreisen 2002

Kaufkraft-Index 2002

65 - 75	(16)
75 - 85	(77)
85 - 95	(83)
95 - 105	(157)
105 - 115	(80)
115 - 140	(28)

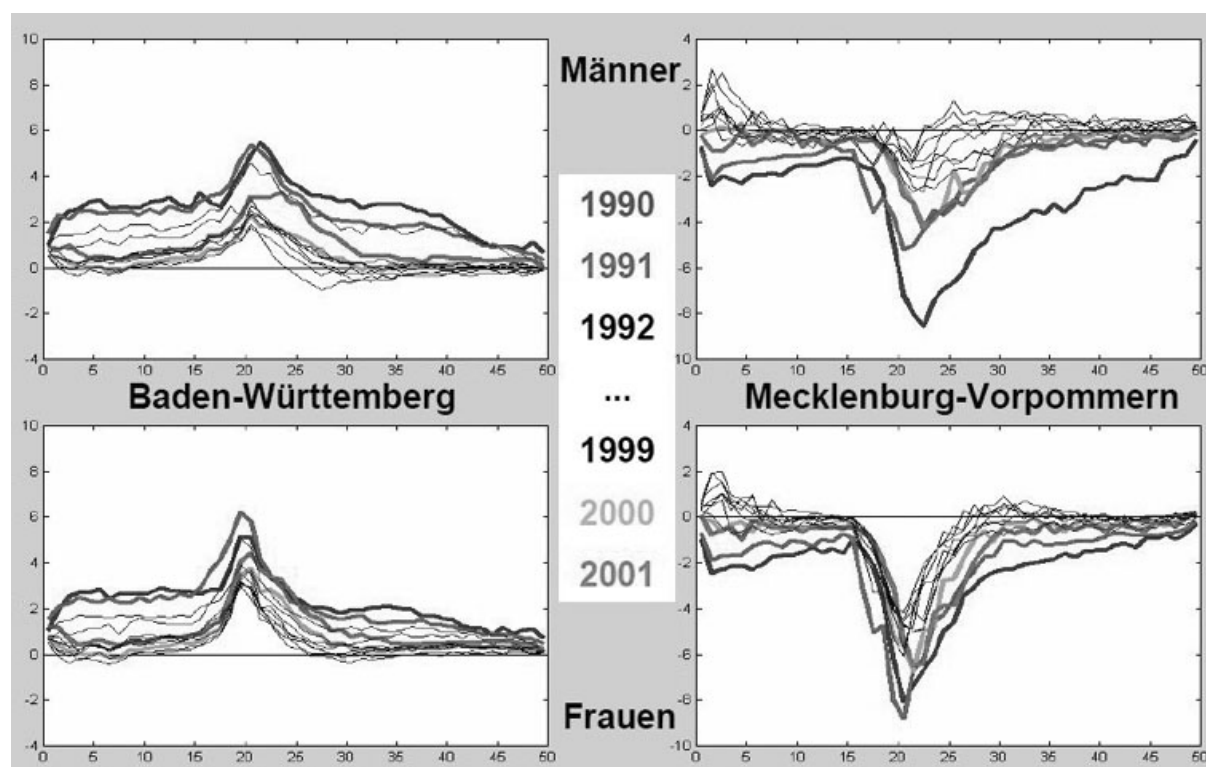
(Anzahl der Kreise)

Gebietsstand: 1998



Quelle: <http://www.bbeberatung.com>

Abb. 8: MV und Baden-Württemberg: Migrationsmuster 1990 - 2001



Quelle: FISCHER 2003, S. 7

Eine – allerdings nur theoretische – Obergrenze auf der Basis des ADRIAN'schen Investitions- und unseres Transfer-Kriteriums wäre die Berechnung des Eintritts der DDR-Bevölkerung in die BRD als Total-Migration von 16 Mio. Personen. Diese Summe, die der Bundesrepublik quasi als 'demographischer Gewinn' zugefallen ist, einschließlich der Mittel zur Subsistenz, denn der Lebensraum und die Infrastruktur wurden im Unterschied zu üblichen Migranten gleich mitgebracht, wollen wir lediglich so hoch dotieren, wie die schon oben berechnete Mantelbevölkerung: 16 Mio. Personen zu 400.000 € ergeben ein berechenbares Humankapital von 6.400 Mrd. = 6,4 Bio. €. Diese Summe könnte allen bisherigen Transfer-Leistungen von West nach Ost seit 1990 als individuell aufgebrauchte demographische Transfer-Leistungen gegen gerechnet werden. Gesellschaftliche Investitionen sind darin allerdings noch nicht enthalten. Diese Berechnungen entsprechen in etwa den Kalkulationen zum Humankapital, die auf einer Tagung des Zentrums zur Erforschung des Demographischen Wandels am 17.11.2005 in Rostock öffentlich (in Anwesenheit von W. WEISS) diskutiert wurden.

Diese theoretische Konstruktion ist angesichts der aktuellen Diskussionen der Politik um den demographischen Wandel und die anstehende Schrumpfung der Bevölkerung nicht gänzlich von der Hand zu weisen, denn immerhin hält die Unterreproduktion von einem Drittel der jeweiligen Elterngeneration in den ABL nun schon seit rund 35 Jahren an. Mit der staatlichen Vereinigung Deutschlands ist der damit verbundene Vergreisungsprozess zwar nicht aufgehoben, doch zunächst deutlich abgefedert und mindestens um etwa 10 Jahre verzögert worden.

Der demographische Vorschuss, den die Bevölkerung der DDR in die Alt-BRD mit einbrachte, wurde allerdings auf Grund der existentiellen Rahmenbedingungen verspielt. Da es aber die Bedingungen der BRD als Ganzes sind, ist es unangebracht, dafür die Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer überproportional zu belasten.

8. Quellen und Literatur

- ADRIAN, H.** (2004): Demographische Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs der BRD. In: Mitt. der Dt. Gesellschaft für Demographie, Nr. 6, Berlin, S. 4-5.
- ders.** (2005): Die demographische Entwicklung in Deutschland und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. http://www.uni-mainz.de/FB/Physik/AG_Adrian/hadrian.html.
- Anonymus** (2002): Schrumpfen oder Wachsen? Bevölkerungspolitik in der Demokratie. In: Das Parlament Nr. 19/20, Berlin, S. 1 – 2.
- BAUDISCH, W.; WINTER, K.** (1989): Mein Kind soll in die Hilfsschule. Berlin.
- BBE:** <http://www.bbeberatung.com> eingesehen 2005
- DORBRITZ, J.** (1994): Bericht über die Demographische Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft [ZBW], 4, S. 393-474.
- DORBRITZ, J.; SCHWARZ, K.** (1996): Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen. [ZBW, 21].
- Ges. z. Schutz der Bürgerrechte und Menschenwürde:** Weißbücher 1992 - 1995. Berlin.
- KRÖHNERT, S. et al.** (2004): Deutschland 2020. Berlin.
- Landtag MV** (2002): Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen. Dokumente der Enquete-Kommission. Schwerin 2002
- PANKRATJEVA, N. V.** (1974): Die Bevölkerung und ihre Struktur. In: NOTKIN, A. I.; MAIER, H. (Ed.): Gesetz der sozialistischen Akkumulation. Berlin, S. 91-123.
- PROGNOS** (2004): Deutschlandreport 2004. www.prognos.com/Zukunftsatlas
- SCHWARZE, J.; HÄRPFER, M.** (2003): Are People Inequality Averse, and Do They Prefer Redistribution by the State? A Revised Version. IZA Discussion Paper No. 974, Bonn. Internet: <ftp://ftp.iza.org/dps/dp974.pdf>
- Staatl. ZV Stat. DDR** (div. Jahre): Statistisches Jahrbuch DDR. Berlin.
- STARKE, K.** (1989): Leistungsentwicklung im Studium. Bedingungen und Faktoren hoher Studienleistungen. Leipzig.
- Stat. Amt DDR** (1990): Statistisches Jahrbuch DDR 1990. Berlin.
- Statistisches Bundesamt** (mehrer Jg.): Statistisches Jahrbuch BRD. Wiesbaden.
- dass.** (2003): Daten: <http://www.destatis.de/jahrbuch/jahrtab1.htm> =, Stand 31.12.2002. In der Aktualisierung vom 23.04.2003.
- VILMAR, F.; DÜMCKE, W.** (1996): Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungspolitik. Eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40, S. 35-45.
- WEBER, E.** (1977): Bevölkerungsentw./-verteilung während Aufbau des Sozialismus. In: Autorenkollektiv: Ökonomische Geographie DDR, Bd. 1, Gotha/Leipzig, S. 62-101.
- WEBER, E.; MÖBIUS, D.** (1990): Geographie der Bevölkerung. In: Autorenkollektiv: DDR - Ökonomische und soziale Geographie. Gotha, S. 84-111.
- WEISS, W.** (1987): Typisierung der territorialen Bevölkerungsreproduktion in den Nordbezirken der DDR. Greifswald, Univ., Sekt. Geographie; Forschungsbericht G3 (unv.)
- ders.** (1995): Bevölkerungsentw. im ländlichen Raum Ostdeutschlands am Bsp. Region Vorpommern – aktuelle Prozesse, Potentiale und Restriktionen für die Raumentwicklung. In: Erfurter Geographische Studien, 3, S. 115-133.
- ders.** (2003a): Regional-Demographie der DDR – ein bevölkerungsgeographischer Nachruf. In: Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät, Bd. 62, H. 6, Berlin, S. 113-146.
- ders.** (2003b): Regionaldemographische Aspekte der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) im „Stadtumbau Ost“ am Beispiel ausgewählter Städte im Nordosten Deutschlands. In: Greifswalder Beiträge Regional-, Freizeit- und Tourismusforschung, 14, S. 116-137.
- ders.** (2004): Abriss der Regional-Demographie MV von 1945 - 1990. In: WERZ, N. (Ed.): Abwanderung/Migration Mecklenburg u. Vorpommern. Rostock, S. 159-182.
- WEISS, W.; HILBIG, A.** (1998): Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel MV. In: Informationen zur Raumordnung, 11/12, S. 793-802.
- WENDT, H.** (1993/94): Wanderungen nach und innerhalb von Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen. In: ZBW, 4, S. 517-540.
- www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/demogr/site/html [Weiss 2004]